

Werner Onken

**Modellversuche mit
sozialpflichtigem
Boden und Geld**

Varel / Oldenburg: Manuskript, 1997

Übersicht

Die Genossenschaftssiedlung Eden-Oranienburg -
Geschichte und Aktualität eines Bodenreformexperiments 4

Schwanenkirchen, Wörgl und andere
Freigeldexperimente 26

Die nachfolgenden Darstellungen von praktischen Modellversuchen eines spekulationsfreien Umgangs mit Boden und Geld sind überarbeitete und erweiterte Fassungen von zwei Aufsätzen, die erstmals in der "Zeitschrift für Sozialökonomie" (57./58. Folge / 1983) und in der Zeitschrift "Der Dritte Weg" (Nr. 5 - 8 / 1991) erschienen.

Altbischof D. Kurt Scharf über die Genossenschaftssiedlung Eden bei Oranienburg

“Die Siedlung Eden war der Versuch, in einem Modell - zeichenhaft - wirtschaft-licher und politischer Abhängigkeit des Menschen von anonymen oder auch benenn-baren Mächten und Personen entgegenzuwirken. Eden war in einer Zeit der Not und des Umbruchs gegründet worden von Anhängern der Bodenreform Adolf Damaschkes und von Silvio Gesell, dem Finanztheoretiker des ‘Freilandes’ und ‘Freigeldes’ ..., aber auch von bibelgläubigen Juden und Christen, die die Anweisun-gen des mosaischen Gesetzes in unserer Gegenwart und in unserem Lande verwirk-lichen wollten.

Die Thesen der Bodenreform und des Freilandes richteten sich gegen die Bodenspekulation, gegen die unverdienten Gewinne von Besitzern günstig gelegener Grundstücke und die Verarmung breiter, vom Grundbesitz ausgeschlossener, arbeitender Bevölkerungsgruppen; die Thesen des Freigeldes von Silvio Gesell gegen den Kreditkapitalismus. In der Wirtschaftskrise nach dem ersten Weltkrieg wurden die Thesen beider in den Parteien und an den Universitäten leidenschaftlich diskutiert. Wir jungen Studenten, gerade auch wir Theologiestudenten, drängten auf ihre Verwirklichung.

Die vom biblischen Denken bestimmten Mitbegründer der Kolonie Eden wagten dieses Experiment nicht nur, weil sie es für vernünftig und human hielten, sondern eben, weil sie die Grundregeln dafür als von Gott gegeben ansahen. Das Land in Eden war Gemeineigentum, gehörte der Gemeinsamkeit der Bewohner. Der Einzelne erwarb sein Grundstück nur in Erbpacht. Über die Aufteilung des Bodens und bestimmte Einrichtungen allgemeiner Wohlfahrt entschied die Versammlung der Einwohner.

Gottes Angebote durchbrechen neu und immer wieder die Selbstsucht der Besitzenden und die Mutlosigkeit breiter Mehrheiten. Im letzten Jahrhundert rechne ich zu den Flutwellen, die von biblisch-prophetischer Lehre ausgelöst worden sind, die Bewegungen des religiösen und humanen Sozialismus und auch die Vorschläge zur Bodenreform Damaschkes und zu dem Freiland und Freigeld Gesells.”

*aus: Deutscher Evangelischer Kirchentag (Hg.),
Dokumente des Kirchentags in Düsseldorf 1985,
S. 133, 134 und 139*

Die Genossenschaftssiedlung Eden - Oranienburg

Geschichte und Aktualität eines Bodenreformexperiments

Übersicht

- 1 Nach dem Niedergang des Kommunismus - was folgt ?
- 2 Zur Entstehungsgeschichte der Lebensreformbewegung
- 3 Von der Theorie zur Praxis - Die Genossenschaftssiedlung Eden bei Oranienburg
 - 3.1 Eden als Stätte der Lebenserneuerung
 - 3.2 Der "Deutsche Verein Freiland"
 - 3.3 Die Freilandsiedlung Gildenhall bei Neuruppin
 - 3.4 Siedlungsversuche in Bärenklau und Wendemark
 - 3.5 Von Heimgarten nach Schatzacker - Freilandsiedlungen in der Schweiz
 - 3.6 Die Eden-Genossenschaft während der NS-Diktatur
 - 3.7 Die Eden-Genossenschaft während der SED-Diktatur
 - 3.8 Die Eden-Waren G.m.b.H in Westdeutschland
- 4 Von der Geschichte zur Gegenwart - Möglichkeiten und Grenzen bodenreformerischer Siedlungsprojekte

1 Nach dem Niedergang des Kommunismus - was folgt?

Viele Jahrzehnte hat der Gegensatz zwischen dem Kapitalismus im Westen und dem Kommunismus im Osten das Gesicht der Welt geprägt. Im denkwürdigen Herbst des Jahres 1989 ist der Kommunismus an sein Ende gelangt und der Kapitalismus hat den Wettkampf der Systeme augenscheinlich gewonnen - doch ist dieser Schein trügerisch.

Wer sich in der westlichen und der Dritten Welt umsieht, für den werden die Gegensätze zwischen Arm und Reich, die Naturzerstörungen, die gigantischen Verschuldungen und die Rüstungspotentiale zu unleugbaren Anzeichen dafür, daß der Kapitalismus noch keine endgültige Antwort auf die Frage nach einem gerechten und friedlichen Leben auf dieser Erde sein kann. Bereits der Aufstieg des Kommunismus zu einer geistigen und politischen Weltmacht war eine Reaktion auf die Probleme, die der moderne Kapitalismus aufgeworfen und nicht gelöst hatte. Nach seinem Scheitern ist die Geschichte wieder offen. Und es fragt sich: War der Kommunismus eigentlich die einzige Antwort auf den Kapitalismus? Oder gab es noch weitere Antworten, die vielleicht nur nicht so bekannt geworden sind?

Tatsächlich gab es schon im 19. Jahrhundert eine bunte Vielfalt von Sozialkritikern und Sozialutopien, zum Beispiel den Engländer *Robert Owen* sowie den Franzosen *Charles Fourier*, *Henri Saint-Simon* und *Pierre Joseph Proudhon*. (1) *Karl Marx* verhöhnte sie alle als „kleinbürgerliche Sozialisten“ und hielt ihnen seinen vermeintlich überlegenen „wissenschaftlichen Sozialismus“ entgegen. Im geschichtlichen Rückblick erweist sich, daß *Marx* vor allem zwei Fehler begangen hat:

1. Die Auswirkungen des modernen Kapitalismus auf den Menschen hat er auf eine materiell-ökonomischen Frage reduziert.
2. Gemäß dieser seiner materialistischen Weltanschauung hat er die Wirtschaft als eine große soziale Maschinerie angesehen, in der alle Vorgänge von oben technokratisch berechnet und geplant werden könnten, wenn die Produktionsmittel nur erst dem Staat gehörten.

Während *Marx* also eine bloß äußerliche politökonomische Umwälzung der Verhältnisse anstrebte, zeichneten sich die anderen gegen den Kapitalismus gerichteten Ideenströmungen vor allem durch zwei Merkmale aus:

1. Sie verbanden wie zum Beispiel die Frühsozialisten und Frühkommunisten die Theorie der politischen Ökonomie mit praktischen Experimenten der sozialen Erneuerung (Tauschbanken, Siedlungen, gütergemeinschaftliche Kommunen).

2. Sie waren oftmals keine Materialisten, sondern hoben den Blick über das bloß Ökonomische hinaus und hatten den ganzen Menschen als Einheit von Körper, Seele und Geist vor Augen.

Dementsprechend beachteten diese nichtkommunistischen Sozialkritiker neben der materiellen Ausbeutung auch die seelischen und geistigen Schäden, die der Kapitalismus den Menschen zufügte. Und sie strebten deshalb auch eine Heilung des ganzen Menschen an. Ihre Sozialreformgedanken waren besonders in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eingebettet in einen übergeordneten Rahmen einer die Innen- und Außenwelt umfassenden ganzheitlichen Lebensform. Ihre Vorläufer hatten die Sozial- und Lebensreformer des 19. Jahrhunderts in mancher Hinsicht in Gemeinschaften wie den Quäkern und Shakern, die schon im 17. Jahrhundert aus religiösen Motiven Europa verließen, um in der Neuen Welt Kolonien zu gründen und darin ihre Überzeugungen zu leben. (2)

2 Zur Entstehungsgeschichte der Lebensreformbewegung

Die Graphik (siehe Seite 6) gibt eine gute Übersicht über die Binnenstruktur der Lebensreformbewegung des 19. Jahrhunderts und auch über ihre innere Gegensätzlichkeit. Stichworte wie der naturgemäße Landbau, die vegetarische Ernährung, natürliche Heilmethoden, Abstinenz von Tabak, Alkohol, Kaffee und anderen Genußgiften, Freikörperkultur, Stadtflucht, Tierschutz, Reformpädagogik und der Jugendstil auf kulturellem Gebiet mögen die Vielfalt der zukunftsweisenden Themen andeuten, über die die Pioniergeister der damaligen Zeit nachdachten. Allerdings waren damals auch schon völkische, rassistische und antisemitische Ideologien weit verbreitet.

Zu den bedeutendsten Vordenkern der Lebensreformbewegung gehörte der evangelische Theologe *Eduard Baltzer* (1814-1887), der sich schon in der 1848er Revolution auf Seiten der Republikaner engagiert hatte. Nach seinem Bruch mit der Amtskirche wurde er freireligiöser Prediger, Journalist und Kommunalpolitiker in Nordhausen/Harz. Fast alle lebensreformerischen Impulse waren in seiner Person gebündelt. Seine Bücher *“Die natürliche Lebensweise - der Weg zu Gesundheit und sozialem Heil”* (1867) und *“Ideen zur sozialen Reform”* (1873) wurden zu Standardwerken der Lebensreformbewegung.

Eduard Baltzer war auch der erste, der wohl aufgrund seiner theologischen Vorbildung und seiner wirtschaftlichen Kenntnisse eine Brücke zwischen der Lebens- und Wirtschaftsreform baute. Besonders deutlich stellte er heraus, welche große Bedeutung der Umgang mit dem Boden für das Schicksal der Menschen hat. Aus der

Erde, dem Tempel Gottes im Universum, habe der Mensch eine Mördergrube gemacht, indem er dieses unveräußerliche Eigentum Gottes in Privateigentum umgewandelt habe, um damit zwecks Ausübung wirtschaftlicher Macht Handel und Spekulation zu treiben.

In der Einführung des privaten Eigentums am Grund und Boden sah *Eduard Baltzer* die eigentliche „soziale Sünde“, die den paradiesischen Urzustand beendet hatte. Damit nahm er um ein volles Jahrhundert die Erkenntnis moderner Befreiungstheologen vorweg, daß es neben individuellem Fehlverhalten auch eine „strukturelle Sünde“ gibt. Und ebenso wie die Befreiungstheologen überwand *Baltzer* bereits die starre dogmatische Trennung von diesseitiger Erde und jenseitigem Himmel. Wir Menschen auf dieser Erde tragen das zukünftige Reich Gottes bereits in uns. Wir sind - wie *Baltzer* schrieb: „.. der Acker, in welchem die Schätze des Himmelsreichs verborgen liegen.“ Und wir selbst sollen diese Schätze auf dem Weg in eine „neue soziale Zukunft“ heben. Wir sollen die vom Menschen durch das Privateigentum geschändete „heilige Mutter Erde“ wieder in einen „schönen Garten“ verwandeln. „Die Erde ist des Herrn“ (Ps. 24.1) - diese biblische Einsicht stimmt mit den Überlieferungen indianischer Kulturen überein. Nach den Vorstellungen *Eduard Baltzers* sollte die Erde als ein der gesamten Menschheit als Lebensgrundlage gegebenes unverkäufliches Treuhandeigentum behandelt werden. Für Wohn- und Arbeitszwecke sollten die Menschen einzelne Grundstücke in Erbpacht erhalten. Der Mensch als „Gast auf Erden“ (Ps. 119.19) und als ihr Pächter - das war für *Eduard Baltzer* die elementare Voraussetzung für ein Leben im Frieden mit der Natur. (3)

Mit diesen Gedanken schuf *Eduard Baltzer* die Basis für ein Zusammenwachsen der Lebensreform- und Bodenreformbewegung. Hierin folgten ihm u. a. *Theodor Stamm*, *Theodor Hertzka* (1845 - 1924), *Michael Flürscheim* (1844 - 1912), *Franz Oppenheimer* (1864 - 1934) und *Adolf Damaschke* (1865 -1935). Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hatte sich die Lebens- und Bodenreformbewegung soweit konsolidiert, daß sie nunmehr ihre eigene Identität als eine Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus gefunden hatte. Und *Hertzkas* Roman „Freiland“ war ein Beispiel für die ersten Pläne, der Welt diese Alternative in einer Modellsiedlung beispielhaft vorzuleben. (4)

3 Von der Theorie zur Praxis - Die Genossenschaftssiedlung

Eden bei Oranienburg

Am 28. Mai 1893 traf sich im vegetarischen Restaurant *Ceres* in Berlin ein Kreis von 18 Lebensreformern, um die Ideen von *Baltzer, Stamm, Hertzka, Flürsheim, Damaschke, Oppenheimer* und anderen in die Tat umzusetzen und mit einem praktischen Modellversuch zu beginnen. Unter der Federführung des Kaufmanns *Bruno Wilhelmi* gründeten sie die *“Vegetarische Obstbau-Kolonie Eden”*, die dann westlich von Oranienburg 200 Morgen Land erwarb - später wurde die Fläche auf 500 Morgen erweitert - und besiedelte. Der Name *“Eden”* wurde trotz der distanzierten Haltung zu den damaligen Kirchen in bewußter Anlehnung an den biblischen Garten Eden gewählt. Er sollte das Ziel der Genossenschaft zum Ausdruck bringen: ein natürliches Leben auf gemeinsamem Boden als Gegenstück zu dem von der Natur entfremdeten Leben in der Großstädten, das die dort lebenden Menschen körperlich, seelisch und geistig krank mache.

Der Aufbau und die Entwicklung der Eden-Genossenschaft waren zeitweise von großen Schwierigkeiten begleitet. Mangelnde kaufmännische Kenntnisse, widrige Witterungseinflüsse, menschliche Unvollkommenheit und überhaupt das Fehlen eines Vorbildes erschwerten die Siedlungsarbeit. Doch begann - wie es *Franz Oppenheimer* einmal sagte - *“inmitten der kapitalistischen Wüste eine Oase aufzublühen”*. (5) Sehr bitter war allerdings die Erfahrung, daß der Personenkreis der Vegetarier sich allein als nicht tragfähig genug für dieses soziale Experiment erwies. Nach einer Satzungsänderung fanden auch Nichtvegetarier Aufnahme in die Genossenschaft und das Wort *“vegetarisch”* wurde 1901 aus dem Namen gestrichen. Trotzdem blieben im Sinne der ideellen Zielsetzung die Schlachtung von Tieren und der Verkauf von Fleischwaren in Eden verboten. Demgegenüber blieb der Grundsatz des gemeinschaftlichen Bodeneigentums unangetastet. Er erwies sich als stabiles Rückgrat der Genossenschaft und hielt Eden frei von jeglicher Spekulation. (6)

Die Entwicklung der Genossenschaftssiedlung Eden läßt sich an ihren Mitglieder- und Einwohnerzahlen ablesen: 1894, also ein Jahr nach ihrer Gründung, hatte die Genossenschaft 92 Mitglieder, darunter Siedler mit ihren Angehörigen und auswärtigen Freunden. Verpachtet wurden in diesem ersten Jahr 22 *“Heimstätten”*. Ihre Größe betrug jeweils 2800 qm (40 x 70 m). 1895 waren bereits 45 Heimstätten verpachtet. Die Mitgliederzahl lag 1899 bei 139. Dann gab es einen dramatischen Rückgang auf 94 Mitglieder, worauf dann jedoch in den Jahren bis 1918 ein kontinuierlicher Anstieg auf eine Zahl von 239 Mitgliedern folgte. 1930 gab es in Eden 230 Siedlungshäuser und rund 850 Einwohner. (7)

Die Mitglieder der Genossenschaft erhielten durch ihren Eintritt ein Anrecht auf die pachtweise Überlassung einer im Eigentum der Genossenschaft verbleibenden

Heimstätte. Die Laufzeit der Pachtverträge betrug 30 Jahre. Die Höhe der Pacht wurde zwischen dem Vorstand und den einzelnen Pächtern vereinbart. Von 1907 bis 1914 waren jährlich 25 RM zu zahlen; von 1915 bis 1919 31 DM und von 1920 bis 1925 waren es jährlich 62 RM. Ab 1919 wurden auch Erbbaurechte mit 50-jähriger Laufzeit vergeben. Die gesamten Pacht- und Erbbauzinseinnahmen kamen der Genossenschaft zugute - es gab also in Eden keine private Grundrente mehr. Auch war es nicht möglich, die Heimstätten zu beleihen und Hypotheken im Grundbuch eintragen zu lassen. Beim Tod eines Pächters während der Vertragszeit konnte dessen Ehefrau, Sohn oder Tochter als Nachfolger(in) in den Vertrag eintreten. Nach Ablauf der Vertragsfrist hatten die Pächter oder jeweils einer ihrer Angehörigen das Vorrecht zur Vertragsverlängerung. Die auf den Heimstätten errichteten Gebäude blieben Eigentum der Pächter. Schied ein Pächter freiwillig aus der Genossenschaft aus, übernahm die Genossenschaft seine Gebäude gegen eine Entschädigung. Diese und weitere Einzelheiten waren in der Satzung genau festgelegt.

Verständlicherweise kostete ein solches Siedlungsprojekt auch viel Geld - bedeutend mehr, als die Genossenschaft durch die Genossenschaftsanteile von 500 RM pro Kopf erhielt. Bereits der Kauf des ganzen Geländes erforderte Geld. Noch größere Summen waren für den Bau von Wohn- und Produktionsgebäuden erforderlich. Um diese Gelder zu beschaffen und laufende Geschäfte abzuwickeln, wurde 1895 die *“Oranienburger Bau- und Kreditgesellschaft m.b.H.”* in Eden gegründet. Nach dem 1. Weltkrieg wurde sie in *“Edener Siedlungsbank”* umbenannt. Das Stammkapital kam - wie aus einer Werbeanzeige der Bank hervorgeht - aus den Kreisen der Edener Genossen und außerhalb Edens lebender Reformen, die die Siedlung fördern wollten. Diese Bank verzinste Spareinlagen mit 3.5 % und verlangte für Kredite an die Genossenschaft sowie an einzelne Siedler 4 % Zins. Sowohl hinsichtlich dieser niedrigen Zinssätze als auch im Hinblick auf die Zweckbindung der Einlagen war diese Bank in gewissem Sinne ein Vorläufer der heutigen Öko-Bank oder der ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft EDCS. (8) Die frühzeitige Gründung einer solchen Siedlungsbank wirkte sich sehr günstig auf die Entwicklung Edens aus. Mit ihrer Hilfe kamen der Bau von Häusern und die Anlage von Wegen und einer Wasserleitung gut voran. Auch mußten der Boden erst urbar gemacht und der Grundwasserstand reguliert werden.

Auf dem sandigen Boden im Urstromtal der Havel in der Mark Brandenburg wuchsen zwar ausgedehnte Fichten- und Kiefernwälder, aber für den Anbau von Edelobst mußte er erst kultiviert werden. Doch in sehr harter Arbeit entstanden dann neben den Siedlungshäusern ein Genossenschaftshaus für die Verwaltung und genossenschaftliche Obst- und Gemüsekulturen sowie eine Baumschule. Zum Ende des Jahrhunderts gab es in Eden bereits 15.000 Obstbäume, 50.000 Beerensträucher

und 200.000 Erdbeerstauden, so daß 1898 die “*Obstverwertung Eden*” gegründet werden konnte. (9)

Was sich in Eden entwickelte, war nicht etwas Kollektivistisches, sondern eine lebendige Mischung von Eigen- und Gemeinwirtschaft. Die Heimstätten wurden von ihren Pächtern privat bewirtschaftet. Da dies aber nur die Hälfte oder noch weniger von ihrer Arbeitskraft beanspruchte, arbeiteten sie in der übrigen Zeit (zum Teil auch saisonweise) in den Genossenschaftsbetrieben, insbesondere während der Wintermonate in der Obstverwertung.

In einer solchen Genossenschaftssiedlung gab es verständlicherweise viele alltägliche Dinge, die von allen Beteiligten zusammen zu regeln waren. Dafür trafen sie sich an jedem Donnerstag zu den sog. “*Wochenversammlungen*” von Vorstand, Aufsichtsrat und Siedlern. Hier entluden sich freilich auch manche schwere Konflikte und es bedurfte vieler Versuche und Irrtümer, bis sich praktikable Formen betrieblicher Demokratie herausbildeten. (10)

In den 20er Jahren verpachtete die Genossenschaft auch kleinere Heimstätten zu jeweils 800 qm, vor allem für solche Pächter, die sich mit Handwerksbetrieben in Eden niederlassen wollten. So wurden eine Bäckerei, eine Schneiderei, eine Weberei, ein Schuhmacher sowie eine Buchdruckerei und -binderei ansässig. Diese Betriebe hatten jedoch auch Existenzsorgen. Ein vegetarisches Gasthaus und ein vegetarisches Erholungsheim für auswärtige Besucher Edens entstanden ebenfalls. (11)

Die eigentliche Existenzbasis der Genossenschaftssiedlung blieben immer der Anbau und die Verarbeitung von Obst und Gemüse. Oberster Grundsatz war dabei, daß die Früchte aus diesem “*Garten Eden*” bei ihrer Verarbeitung so naturnah wie möglich bleiben sollten, um ihre Lebendigkeit für den Menschen zu erhalten. So wurden die nicht chemisch konservierten Obst- und Gemüsesäfte bald zu begehrten “Eden-Vollwertwaren”. (12) Hinzu kam ab 1907 eine von dem Edener Arzt *Friedrich Landmann* entwickelte “ungehärtete” Margarine, die zwar nicht in Eden hergestellt werden konnte, aber trotzdem den Namen “Eden-Pflanzenbutter” erhielt. In Eden selbst stellte *Fritz Kiel* ab 1909 sogenanntes Pflanzenfleisch und pflanzliche Wurst her. Und schließlich lebte in Eden auch der Bäcker *Gustav Simons*, der ein besonderes Verfahren zur Herstellung von gesundem Vollkornbrot entwickelt hat. *Simons* vermischte den Gedanken der Lebensreform allerdings auch mit national-völkischen Ideen und verengte die Vorstellung von einer allgemeinen Gesundung der Menschen zur ‘deutschen Volksgesundheit’.

Für die “Eden-Vollwertwaren” richtete die Genossenschaft auch eine eigene Vertriebsabteilung ein. Sie wurden vorwiegend an Reformhäuser in allen Teilen Deutschlands verkauft. Zu den Abnehmern gehörten auch Naturheilsanatorien, in

denen versucht wurde, den Zivilisationskrankheiten mit natürlichen Heilmethoden und einer vollwertigen Ernährung entgegenzutreten.

3.1 Eden als Stätte der Lebenserneuerung

Nach dem Willen der Gründer sollte Eden jedoch weit mehr werden als eine bloße Produktions- und Absatzgenossenschaft. Tatsächlich entwickelte sich hier so etwas wie eine *“Stätte der Lebenserneuerung”* (Landmann). Ihr Leitbild brachte *Karl Bartes* in einem Gedicht zum Ausdruck.

Das gemeinschaftliche Eigentum am Boden als Weg zur Wiedervereinigung von Menschen mit der Mutter Erde sowie das private und genossenschaftliche Arbeiten in freier Selbständigkeit begünstigten eine körperliche, seelische und geistige Regeneration der in Eden lebenden Menschen von den Schäden der kapitalistischen Großstadtzivilisation mit ihren oft schlechten Wohn- und Arbeitsverhältnissen. Zwar ist keine medizinische Statistik in Eden geführt worden; aber nach den Angaben des Arztes *Friedrich Landmann* *“... haben selbst körperlich und seelisch schwer erschütterte Menschen, Schiffbrüchige des Lebenskampfes, in Eden ihre Daseinsfreude und Schaffenskraft wiedererlangt.”* (13)

Die gesunde Lebensweise der Siedler - auch ohne Tabak und Alkohol - wirkte sich bereits auf die erste Kindergeneration positiv aus. Von allen deutschen Gemeinden wies Eden mit 3,5 % bald die geringste Säuglingssterblichkeit auf (der deutsche Durchschnitt lag damals bei 18 %!). (14)

Auch auf eine gesunde Nahrung für Seele und Geist wurde in Eden sehr viel Wert gelegt. Für die Kinder entstand eine eigene Schule mit einem Unterricht, der sich an reformpädagogischen Grundsätzen orientierte. Im Genossenschaftshaus gab es einen Leseraum und einen großen Versammlungssaal, der auch für Theateraufführungen der *“Edener Heimatbühne”*, für Konzerte und Kammermusik, für Vorträge, Dichterlesungen und Kunstausstellungen genutzt wurde. Die Edener Musikvereinigung gestaltete die Feste der Jahreszeiten wie die Frühlings-, Erdbeer- und Erntefeste mit Volksliedern und Volkstänzen. Und von Tagungen wie dem großen 8. Internationalen Vegetariertag 1932 ging eine überregionale und sogar internationale Ausstrahlung aus. (15)

Das Leben nach den in der *“Edener Gemeindeordnung”* festgelegten Prinzipien der Toleranz gegenüber den verschiedensten religiösen und politischen Ansichten sowie der *“Gerechtigkeit, des gegenseitig bestätigten Wohlwollens und der Milde gegenüber dem Tier”* übte Anziehungskräfte auf die Außenwelt aus. Eden entwickelte sich zu einer Keimzelle einer zukünftigen Menschheitskultur und zu einem

“Sammelpunkt sittlich strebender Menschen” (so forderte es die Siedlungsordnung). Im kleinen Maßstab eines sozialen Modellversuchs wurde das zur Wirklichkeit, wovon Goethe einst im “Faust” geträumt hatte: “Solch ein Gewimmel möcht ich seh’n. Auf freiem Grund mit freiem Volke steh’n.” Die Genossenschaftssiedlung in Eden entwickelte sich so gut, daß schon in den 10er Jahren absehbar war, daß die Gesamtfläche von 440 Morgen eines Tages vollständig verpachtet sein würde und keine neuen Siedler mehr aufgenommen werden könnten.

3.2 Der “Deutsche Verein Freiland”

Im Interesse einer Bildung von weiteren Siedlungen bot sich für die Eden-Genossenschaft eine Zusammenarbeit mit dem “Deutschen Freiland Verein” an. Dieser Verein war bereits 1895 in Breslau auf Initiative des Landgerichtssekretärs *Alwin Esser* unter dem Namen “Breslauer Verein Freiland” entstanden. Sein Ziel war es, Grundstücke in Deutschland “freizukaufen”, d. h. sie unter Ausschluß von hypothekarischen Belastungen zu genossenschaftlichem Eigentum zu erwerben und an solche Siedlungs- und Baugenossenschaften zu verpachten, die das Prinzip des unverkäuflichen gemeinschaftlichen Bodeneigentums respektierten (§ 2 der Satzung). 1911 verlegte der “Deutsche Verein Freiland” seinen Sitz nach Eden und konnte seine Mitgliederzahl in den folgenden Jahren auf etwa 170 Personen erhöhen. (16) Während des ersten Weltkrieges begann der Verein, über die “Oranienburger Bau- und Kreditgenossenschaft” sogenannte “*Deutsche Freilandbriefe von 1916*” auszugeben. Wer den Freilandgedanken und seine Verwirklichung im Modell-versuch fördern wollte, konnte eine beliebige Anzahl solcher unverzinslicher Briefe zum Nennwert von 50 bzw. 100 Reichsmark erwerben. Die Erlöse aus dem Verkauf dieser Briefe flossen in einen Fonds, aus dem der “Deutsche Verein Freiland” in den frühen 20er Jahren mehrere Grundstücke freikaufte: 2 Morgen in Eden, 15 Morgen in Springe am Deister bei Hannover (dieses Gelände erhielt den Namen “*Freilandhof*”) und 85 Morgen bei Neuruppin. Später folgten noch Erweiterungen der Flächen in Gildenhall bei Neuruppin und der Kauf eines kleineren Grundstücks in Frankfurt-Bockenheim. (17) Die Einnahmen aus der Verpachtung dieser Grundstücke dienten der Rückzahlung der Freilandbriefe. In solchen Fällen, in denen die Käufer der Briefe auf eine Rückzahlung verzichtet hatten, flossen sie in den Fonds, aus dem weiteres Land erworben werden sollte.

3.3 Die Freilandsiedlung Gildenhall bei Neuruppin

Auf dem Freilandgelände in Gildenhall entstand ebenfalls eine Siedlung. Anders als in Eden gingen ihre Bewohner jedoch nicht dem Obst- und Gemüseanbau und ihrer Verarbeitung nach. Mit dem Ziel, das Handwerk in einer nichtindustrialisierten Form wiederzubeleben und damit der allgemeinen Mechanisierung entgegen-zutreten, gründeten sie Existenzen als Handwerker und Kunsthandwerker.

Den Anfang machte der Baumeister und Architekt *Georg Heyer* aus Berlin. In einer Broschüre hatte er 1920 seine Gedanken über eine Handwerkersiedlung auf boden- und lebenreformerischer Grundlage veröffentlicht (18) und am Ruppiner See ein Sägewerk errichtet, dem sich weitere Handwerksbetriebe anschließen sollten. In Zusammenarbeit des “Deutschen Vereins Freiland” mit *Georg Heyer* wurde am 16. Juni 1921 die “Freilandsiedlung Gildenhall e.G.m.b.H.” gegründet. Unter den sehr schwierigen äußeren Bedingungen der großen Inflation entstanden Wohnhäuser und Betriebsstätten für zahlreiche Handwerker und ihre Familien. Ansässig wurden in Gildenhall neben dem Sägewerk zunächst eine Zimmerei und Bautischlerei, sodann eine Töpferei, eine Werkstatt für Bauplastik und -keramik, eine Handweberei, ein Grobschmied, eine Emaillemalerei, eine Möbeltischlerei und eine Drechslerei. Es folgten noch ein Stellmacher und ein Instrumentenbauer, ein Maler und ein Schuhmacher. Bis 1923 wohnten in Gildenhall in 23 Siedler-Einzelhäusern und 4 Wohnungen ebenso viele Familien mit insgesamt 110 Personen. Im Jahr darauf wurden weitere 24 Siedlungshäuser fertiggestellt. (19)

Das gemeinsame Anliegen der Handwerker und Kunsthandwerker in Gildenhall war es, inmitten der Industrialisierung des Lebens eine Insel zu schaffen, auf der die Handarbeit nicht mechanisiert ist, sondern eine geistige Dimension einschließt und der menschlichen Kreativität freien Raum läßt. Darüber hinaus sollten sich Handwerk und Kunsthandwerk gemäß den Prinzipien des “Deutschen Werkbundes” und des “Staatlichen Bauhauses” zu einem Gesamtkunstwerk vereinigen. Und die Einheit von Wohngebäude, Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen sollte sich harmonisch in das natürliche Lebensumfeld der Menschen einfügen.

Ende 1923 wurden die bauwirtschaftlichen Interessen der Siedler von ihren wirtschaftlichen Interessen als Handwerker organisatorisch getrennt. Die selbständigen Handwerksmeister schlossen sich zur “Handwerkschaft Gildenhall e.G.m.b.H” zusammen. Zugleich entstand die “Hausrat G.m.b.H.” - ab 1926 in “Haus- und Hausrat Gildenhall G.m.b.H.” umbenannt -, welche für die Werbung der Gildenhaller Erzeugnisse und auch für ihren Vertrieb zuständig war. Sie richtete drei Verkaufsstellen in Berlin ein und organisierte auch Ausstellungen auf den Leipziger Herbstmessen. Mit günstigen Zahlungsbedingungen ermöglichte sie es insbesondere

vielen sozial schwächeren Familien, zu persönlichem Eigentum an qualitativ guten Einrichtungsgegenständen zu gelangen.

Wie in Eden entfaltete sich auch in Gildenhall allmählich ein reges Kulturleben. Im Ort wurde ein Festspielplatz geschaffen. Eine *“Theatergruppe Gildenhall”* entfaltete eine kulturelle Bedeutung auch für die nahegelegene Kreisstadt Neuruppin. Und 1927 entstand eine eigene Schule in Gildenhall.

Die Erzeugnisse der Gildenhaller Handwerker und Kunsthandwerker waren durch-aus begehrt. Es erwies sich in dieser Freilandsiedlung, daß das gemeinschaftliche Bodeneigentum und seine private Nutzung im Erbbaurecht auch für das Handwerk ein *“goldener Boden”* sein können. Die große Weltwirtschaftskrise brachte jedoch so große Existenzprobleme mit sich, daß ein Betrieb nach dem anderen seine Tätigkeit einstellen mußte. Einige Kunsthandwerker waren nach ihrem Weggang aus Gildenhall an künstlerischen Hoch- und Fachschulen als Lehrkräfte tätig. (20)

Das Land in Gildenhall blieb im Eigentum des *“Deutschen Vereins Freiland”* bzw. nach dessen Auflösung im Eigentum der Eden-Genossenschaft, die es nach wie vor treuhänderisch verwaltet und verpachtet. In der Nachbarschaft zur ehemaligen Handwerkersiedlung bestand ein Sägewerk mit angeschlossener Möbelwerkstatt fort. Nach dem 2. Weltkrieg wurden daraus die *“VEB Neuruppiner Möbelwerkstätten”*, die nach der politischen Wende in der DDR im Juni 1990 in eine selbständige GmbH umgewandelt wurden.

3.4 Siedlungsversuche in Bärenklau und Wendemark

Im Herbst 1920 beteiligte sich die Eden-Genossenschaft an der kurz zuvor neu gegründeten *“Gemeinnützigen Siedlungs-Treuhandgesellschaft m.b.H.”*, die wenige Kilometer westlich von Eden die 2200 Morgen großen Staatsgüter Bärenklau und Wendemark übernahm. Die Gesellschaft wollte den Großbetrieb zunächst mit gewinnbeteiligten Angestellten fortführen und nach und nach das Gelände vornehmlich aus Kreisen der bisherigen Mitarbeiter neu besiedeln. Die Eden-Genossenschaft sicherte sich dabei die Möglichkeit, Teile des Bärenklauer Gutes nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

In Bärenklau und Wendemark hoffte insbesondere *Franz Oppenheimer*, in Zusammenarbeit mit *Otto Jackisch*, dem Vorstandsmitglied der Eden-Genossenschaft und Geschäftsführer der Edener Siedlungsbank, einige Vorstellungen verwirklichen zu können, die sich von Eden unterschieden. Er strebte ein größeres Siedlungsprojekt mit einer extensiveren Bodennutzung an, das eine stärkere Wirkung auf die Wirtschaft der gesamten Region entfaltet, indem es Arbeitskräfte aus der Umgebung absaugt und das allgemeine Lohnniveau anhebt.

Nach zwei mißglückten Siedlungsversuchen bei Eisenach (um 1905) und in Palästina (die 1911 südlich von Nazareth gegründete Siedlung "*Merchawjah*", was "*Gottes Weite*" bedeutet), begann in Bärenklau *Franz Oppenheimers* dritter Versuch, das Monopol des Großgrundeigentums im Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe zu überwinden. 1928 bzw. 1931 erwarb die Treuhandgesellschaft zwei weitere große Güter in Lüdersdorf bei Wriezen und ein Gut Döben bei Gnadau, das der Herrnhuter Gemeinde gehörte hatte. Die große Deflation legte die Siedlungs-tätigkeit jedoch für mehrere Jahre lahm. Ein weiteres Hindernis waren Auseinandersetzungen mit dem Preußischen Landwirtschaftsministerium und mit dem Preußischen Kulturrat über die konkrete Ausgestaltung der Siedlungen. (21)

3.5 Von Heimgarten nach Schatzacker - Freilandsiedlungen in der Schweiz

Etwa zur selben Zeit, in der die Eden-Genossenschaft gegründet wurde, hatte die Idee der bodenreformerischen Genossenschaftssiedlung auch schon einmal in der Schweiz Fuß gefaßt. Ein Kreis von Anhängern des lebensreformerisch eingestellten Volkswirts *J. Sponheimer* (22) gründete 1892 in Bülach nördlich von Zürich die Obstbausiedlung "*Heimgarten*". Ihre Satzung ließ jedoch auch die Möglichkeit privaten Bodeneigentums innerhalb der Genossenschaft zu. Dies führte zu langjährigen Auseinandersetzungen mit jenen Siedlern, die in der Genossenschaft lediglich ein Mittel zum Erreichen persönlicher Vorteile sahen. So ging Heimgarten 1906 in Konkurs, und die Spekulanten unter den Genossen kauften den größten Teil des Bodens als Privateigentum auf. (23)

Anfang der 30er Jahre weckte der schweizerische Lebensreformer *Werner Zimmermann* neues Interesse an der Idee einer Freilandsiedlung in der Schweiz. Nach einer längeren Weltreise, die ihn auch zum Gemeinwesen der Duchoborzen in Britisch Columbien/Kanada geführt hatte (24), und der Teilnahme an einem großen Vegetariertkongreß in Eden gründete *Zimmermann* gemeinsam mit den beiden Reformhausinhabern *Rudolf Müller* und *Paul Enz* am 22. Mai 1932 die gemeinnützige "Siedlungs- und Gartenbau-Genossenschaft (Siga)". In Bassersdorf nordöstlich von Zürich kaufte die Siga 8,5 Hektar Land und begann nach dem Edener Vorbild mit dem Aufbau der "*Siedlung Schatzacker*". Das von der Siga als unveräußerliches und unverschuldbares Gemeineigentum verwaltete Land wurde in Siedlerstellen zu je 1.000 bis 1.500 m² aufgeteilt und in Erbpacht vergeben. 1937 lebten in Schatzacker 13 Familien und 6 alleinstehende Personen in 13 Einzel- und zwei Dreifamilien-häusern, zusammen 61 Menschen (39 Erwachsene und 22 Kinder). Die vorhandene Fläche

reichte für 25 weitere Siedlerstellen. 80 Ar blieben als Wald und 60 Ar als Spielwiese zur allgemeinen Benutzung frei. Die Pachteinahmen mußten gemäß der Satzung der Siga für gemeinnützige Zwecke verwendet werden - entweder dienten sie dem Ankauf und der Entschuldung weiteren Landes oder - dies war anders als in Eden und Gildenhall - sie konnten an die in Schatzacker lebenden Mütter als Erziehungsgeld ausgezahlt werden. (25) Die Erzeugnisse einer biologischen Gärtnerei in Schatzacker fanden zeitweise einen guten Absatz, der zum Teil über den ebenfalls von *Werner Zimmermann* ins Leben gerufenen "Wirtschaftsring WIR" organisiert wurde. (26) Eine Töpferei erwies sich als nicht existenzfähig und mußte ihren Betrieb alsbald wieder einstellen. Die schwere Deflationskrise der 30er Jahre behinderte die Entwicklung von Schatzacker und dämpfte die Hoffnungen der Gründer und Siedler sehr: *"Die schönen Gedanken umfassenden erzieherischen Wirkens mußten leider weit zurück gestellt werden. Der Kampf ums tägliche Brot oder drängende andere Aufgaben beanspruchten fast die ganze Zeit."* (27) Dennoch ließ sich die Siga nicht entmutigen und gründete nach dem Vorbild des "Deutschen Vereins Freiland" 1937 einen "Schweizerischen Verein Freiland", der "Schweizer Freilandbriefe" ausgeben sollte, um mit den Einnahmen weiteres Land von privatem in genossenschaftliches Eigentum umzuwandeln. *"Jedem, der will, daß der Grundstein für eine bessere Zukunft gelegt wird, dem ist heute Gelegenheit geboten, nach seinem Vermögen mitzuhelfen, den Boden der Spekulation zu entziehen und ihn denen zu erhalten, die ihn bearbeiten und bebauen."* (28) Es ist dem "Schweizerischen Verein Freiland" jedoch nicht gelungen, die Basis für Freilandsiedlungen zu erweitern. Und auch die Siedlung Schatzacker erreichte zu keiner Zeit eine Größe, die mit Eden auch nur annähernd vergleichbar gewesen wäre. (29)

3.6 Die Eden-Genossenschaft während der NS-Diktatur

Im Vergleich mit anderen Siedlungsversuchen blieb Eden diejenige Siedlung, welche die inneren und äußeren Krisen am besten überstand. Auf die ersten vier Jahrzehnte des verheißungsvollen Aufbaus folgten jedoch sechs lange Jahrzehnte mit zwei Diktaturen, unter deren totalitärer Herrschaft Eden seinen ursprünglichen Charakter nicht erhalten konnte.

Bis 1933 hatte es in Eden nur ein einziges Mitglied der NSDAP gegeben (30), doch dann hielt auch hier der Ungeist der Zeit seinen Einzug. Schon während des ersten Weltkriegs hatten sich die Edener Genossen zeitweise von dem ihnen ursprünglich fremden nationalvölkischen und patriotischen Denken infizieren lassen. Der in

jüdischen, indianischen und anderen Überlieferungen enthaltene Gedanke, daß die Erde Gott gehört und daß sie vom Menschen nicht zur Handelsware und zum Spekulationsobjekt gemacht werden darf, war seit dem Beginn des Krieges in Eden als etwas spezifisch Germanisches interpretiert worden; und eine völkische Gesinnung galt nunmehr als Voraussetzung für die Aufnahme von neuen Siedlern. (31) Während der 20er Jahre war der Einfluß des völkischen Denkens in Eden wieder zurückgegangen und es kehrte die frühere Toleranz gegenüber Menschen mit ganz verschiedenen religiösen und politischen Überzeugungen zurück. Aber nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus führten äußerer Druck vonseiten der NSDAP wie auch politische Naivität und Opportunismus zu einer Gleichschaltung Edens mit der Blut- und Bodenideologie. Viele Edener Genossen ließen sich von den demagogischen NS-Parolen täuschen. Insbesondere den Punkt 17 im NS-Programm ("Bodenreform") verkannten sie als eine Bestätigung ihrer eigenen Ziele. Sie empfanden sich nun als Vorkämpfer eines "*deutschen Sozialismus*" und eines "*deutschen Bodenrechts*" und fügten sich der Verfälschung der ursprünglichen Ideale der Boden- und Lebensreformbewegung zu einer nationalistisch-rassistischen Ideologie. Als die Edener das Reichserbhofgesetz als einen "*wichtigen ersten Schritt*" zur Reform des Bodenrechts begrüßten, verkannten sie den rassistischen Charakter dieses Gesetzes. Und sie ahnten wohl nicht, daß dieses Gesetz von der NSDAP auch als Abstellgleis für ihre Bodenreformversprechungen gedacht war und daß keine weiteren Reformschritte folgen würden. (32)

Im Widerspruch zu seiner Satzung, die in § 14 einen Fortbestand des "Deutschen Vereins Freiland" bis zur Umwandlung des gesamten Grund und Bodens in Deutschland in Gemeineigentum des Volkes forderte, löste sich der Verein Ende 1936 selbst auf und übertrug sein Vermögen der Eden-Genossenschaft, weil er - wie es in der notariellen Urkunde hieß - "*seine Aufgaben als erfüllt ansah*". Eine Fortsetzung seiner Tätigkeit "*neben der Partei*" sei nunmehr "*unangebracht und überflüssig*". (33) Hätte der Verein seine Aufgabe wirklich erfüllt gehabt, d. h. wäre der gesamte Boden in Deutschland spekulationsfreies Gemeineigentum geworden, dann hätte die Parole "*Volk ohne Raum*" wohl kaum jenes Gehör gefunden, das ihr damals tragischerweise zuteil wurde.

3.7 Die Eden-Genossenschaft während der SED-Diktatur

Nach 1945 fand sich Eden im Herrschaftsbereich jenes "*wissenschaftlichen Sozialismus*" von *Marx, Engels* und *Lenin* wieder, der einstmals den "*utopischen*

kleinbürgerlichen Sozialismus“ von *Proudhon* bekämpft hatte und dem auch der Geist der Lebensreformbewegung völlig fremd war.

Der Boden in Eden blieb größtenteils im unveräußerlichen Eigentum der Genossenschaft. Jedoch wurden die Parzellen von “Republikflüchtlingen” vom Staat enteignet und der “KWV - *Kommunalen Wohnungsverwaltung*” unterstellt. Im Zuge der staatlichen Wohnraumlenkung kamen Menschen nach Eden, die zur früheren Eden-Idee keine innere Beziehung hatten. Nach Einführung des Zivilgesetzbuches 1972 waren der Genossenschaft die Neugründung und Teilung von Erbbaurechten nicht mehr möglich.

Abgesehen davon, daß es in der DDR keinen biologischen Obst- und Gemüseanbau gab, bestand die Edener Obstverwertung auch unter der Herrschaft der SED noch lange Zeit als nichtstaatliche Produktionsgenossenschaft weiter. Sie belieferte die etwa 50 privaten Reformhäuser in der DDR und die Diätabteilungen der staatlichen HO-Läden mit Gemüse- und Obstsaften. Gleichwohl ergaben sich für die Genossenschaft aus ihrem Eingebundensein in die Planmißwirtschaft viele Probleme. So fehlte es häufig an Material wie zum Beispiel an den Kronkorken zum Verschließen von Saftflaschen.

1972 wurde die Edener Obstverwertung aus der Verbindung mit der Boden-genossenschaft gelöst und gegen eine minimale Entschädigung verstaatlicht. 1980 folgte die Eingliederung des Edener Betriebs in das Getränkekombinat “VEB Haveland-Beelitz”. (34)

Die Eden-Waren G.m.b.H in Westdeutschland

Nach der Teilung Deutschlands in die Bundesrepublik und die DDR wurde 1950 auf Initiative von *Kurt Großmann*, einem ehemaligen Edener Abteilungsleiter, in Oranienburg die “Eden-Waren G.m.b.H.” als Tochtergesellschaft der Edener Genossenschaft gegründet; sie bekam ihren Sitz in Bad Soden im Taunus. 1962 entstand dort außerdem die “Eden-Stiftung zur Förderung naturnaher Lebenshaltung und Gesundheitspflege”, weil die lebensreformerische Arbeit in der DDR aus politischen Gründen nicht mehr möglich war. Das Bad Sodener Geschäft setzte die Tradition der Muttergesellschaft insofern fort, als es sich der Herstellung naturnaher Vollwert-Reformwaren widmete. Es verfügte jedoch über keine Siedlungsbasis mehr und reduzierte deshalb auch seine ideelle Zielsetzung. Die drei stilisierten Lebensbäume im Eden-Wappen bedeuteten nun nicht mehr “*Lebensreform - Bodenreform - Wirtschaftsreform*”, sondern “*Lebensreform - Bodenpflege - Gesundheitsvorsorge*”. Das sozialreformerische Anliegen der Gründergeneration war damit entfallen.

Während in Westdeutschland nach 1945 der Siedlungsgedanke unter die Räder des Wirtschaftswunders kam, lebte er zum Teil aus denselben oder verwandten geistigen Wurzeln in der israelischen Kibbutzbewegung weiter. Von den Bodenreformern, deren Gedanken in Eden einfließen, wurzelten viele im jüdischen Glauben, u. a. *Theodor Hertzka*, *Michael Flürscheim* und *Franz Oppenheimer*. Von ihnen führte der Weg über *Gustav Landauer* und *Martin Buber* nach Israel, wo seit 1909 etwa 270 Kibbutz-Siedlungen entstanden sind. Sie weisen indessen weitaus mehr kollektivistische Merkmale auf als die genossenschaftliche Siedlung in Eden. (35)

4 Von der Geschichte zur Gegenwart - Möglichkeiten und Grenzen bodenreformerischer Siedlungsprojekte

Erst in der jüngeren Vergangenheit tauchte der Siedlungsgedanke innerhalb der westlichen Ökologiebewegung in Gestalt von "Öko-Dorf"-Projekten wieder auf. In Norddeutschland hat beispielsweise die landwirtschaftlich-ökologische Stiftung "Aktion Kulturland" begonnen, landwirtschaftliche Grundstücke "freizukaufen", d.h. sie zu erwerben, zu entschulden und sie einer gemeinnützigen Verwaltung zu unterstellen. (36)

Für solche Projekte könnte die Eden-Genossenschaft eine wertvolle Orientierungshilfe sein, und zwar sowohl mit ihren historischen Erfahrungen als auch in der Gestalt, in der sie die politische Wende in Mittel- und Osteuropa überdauert hat. Nach der deutschen Wiedervereinigung konnte die Eden-Genossenschaft die 1972 verstaatlichte Obstverwertung für eine geringe Summe, die der seinerzeitigen Entschädigung entsprach, zurückkaufen. Der Betrieb war jedoch nicht mehr konkurrenzfähig, weil die Technik veraltet war und weil westdeutsche Waren vielfach Produkten aus Ostdeutschland vorgezogen wurden. Außerdem fehlte das Kapital für Neuinvestitionen, und die Bad Sodener "Eden-Waren G.m.b.H." war nicht bereit, das für solche Investitionen nötige Kapital bereitzustellen. Trotz der Einstellung des Obstverwertungsbetriebs blieb die Eden-Genossenschaft immerhin als eine Insel des Erbbaurechts im Meer der kapitalistischen Bodenspekulation erhalten. Sie hat viele enteignete Grundstücke inzwischen vom Staat zurückbekommen und kann wieder selbst entscheiden, wer als neuer Pächter in die Siedlung aufgenommen wird. Aus Anlaß ihres 100-jährigen Bestehens fand im Mai 1993 eine große Jubiläumsveranstaltung in Eden statt. Dazu wurde auch eine Ausstellung "1893 - 1993 / 100 Jahre Eden-Genossenschaft" erarbeitet, die seitdem als Dauerausstellung in den Räumen der Genossenschaft zu sehen ist. Unter der Leitung ihres Vorstandsvorsitzenden *Roland Bloeck* bemühen sich Vorstand und Aufsichtsrat der

Genossenschaft um die Entfaltung ökologischer Projekte; in den *“Edener Mitteilungen”*, die nach 53-jähriger Unterbrechung seit dem Herbst 1992 wieder erscheinen und von *Robert Schurmann* redaktionell betreut werden, wird darüber fortlaufend berichtet. (37)

Gerade weil es in Anbetracht einer im Vergleich zu früher sehr viel dichteren Besiedlung und zwischenzeitlicher Bodenpreissteigerungen ungewiß ist, ob in unserer Zeit noch einmal eine Siedlung wie in Eden neu geschaffen werden kann, hat die Eden-Genossenschaft eine besondere Bedeutung als Beispiel eines ‘Öko-Dorfes’, in dem gemeineigener Boden im Wege von Erbpacht und Erbbaurecht zur individuellen Nutzung vergeben wird. Da konkrete Modelle im allgemeinen mehr Überzeugungskraft besitzen als abstrakte Theorien, könnte die Öffentlichkeit hierdurch noch einmal zum Nachdenken über die Fragwürdigkeit des Handels und der Spekulation mit dem Boden angeregt werden. In Eden waren ein fester Glaube an ein Ideal und solides Wissen im Umgang mit den praktischen Schwierigkeiten einer solchen sozialen Pioniertat in einer glücklichen Kombination vorhanden: ein im biblischen Mythos vom Garten Eden wurzelndes Ideal der Lebensreform und die Bodenreform als ein praktisch anwendbares soziales Heilwissen.

Die Verbindung eines überkonfessionell religiösen Impetus mit der natürlichen Lebensweise und einem naturgemäßen ärztlichen Heilen hatten schon Pfarrer wie *Eduard Felke*, *Sebastian Kneipp* und *Eduard Baltzer* verkörpert. *Baltzer* hatte auch die Heilung der Gesellschaft durch eine Bodenreform in die Polarität von Religion und Wissenschaft mit einbezogen. *Franz Oppenheimer* war es zunächst als Arzt um die Heilung des einzelnen Menschen und danach als Soziologe um die Heilung des sozialen Organismus gegangen. Und auch im Denken des großen amerikanischen Bodenreformers *Henry George* (1839 - 1897) bestand eine sehr enge Verbindung von Religion und Sozialreform: *“Die soziale Frage halten wir im Grunde genommen für eine religiöse Frage”*, schrieb er 1893, also im Gründungsjahr der Eden-Genossenschaft, in einem offenen Brief an den Papst *Leo XIII.* Darin trat *Henry George* der päpstlichen Rechtfertigung des Privatgrundeigentums in der Enzyklika *“Über die Arbeiterfrage”* entgegen. Gott habe die Erde allen gleichberechtigten Geschöpfen gegeben. Die Privatisierung des Bodens und sein Mißbrauch als Handels- und Spekulationsobjekt seien *“Verletzungen der wohlwollenden Absichten des Schöpfers”*. Eine kirchliche Legitimation dieser *“sozialen Sünde”* (*Baltzer*) würde die Religion unglaubwürdig machen und dem Materialismus Vorschub leisten. Die Bodenreform war demgemäß für *Henry George* *“...eine Reform, welche die menschlichen Einrichtungen mit dem Willen Gottes in Übereinstimmung bringen soll und die nur mit religiösem Bewußtsein durchgeführt werden kann.”* (38)

Am jeweils geltenden Bodenrecht läßt sich sehr deutlich ablesen, wen die Menschen als den obersten Herrn der Welt ansehen: Das Privateigentum am Boden ist gleichsam ein Wahrzeichen unserer gegenwärtigen Zivilisation, in der sich der Mensch selbst für den Herrn der Welt hält und sich die unumschränkte Verfügungsgewalt über die Erde anmaßt. Bescheidener und uns Menschen angemessener wäre es demgegenüber, wenn wir Gott als Eigentümer der Erde respektierten und uns als Gäste seiner Erde damit begnügen würden, das Land treuhänderisch zu verwalten und als Erbpächter zu nutzen. So spiegeln sich im Bodenrecht letztlich sehr verschiedene menschliche Seelenverfassungen.

Die Boden- und Lebensreformer des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hatten also bereits Erkenntnisse und Erfahrungen, die die heutige ökologische Bewegung sich zunutze machen könnte. Sie müßten auch in den konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einfließen, insbesondere auch in die Befreiungstheologie Lateinamerikas, denn gerade auf diesem Kontinent ist der Großgrundbesitz eine der wesentlichen Ursachen des Massenelends. (39)

Die Rezeption dieser Erkenntnisse und Erfahrungen böte zugleich die Gelegenheit zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Perversion des Bodenreformgedankens und mit marxistischen Konzepten der Bodenverstaatlichung.

Eines jedoch haben alle großen Bodenreformer nicht erkannt, unabhängig davon, ob sie von jüdischen, christlichen oder germanischen Überlieferungen ausgingen: Sie übersahen, daß eine Bodenreform allein noch keine vollständige Gesundung des sozialen Organismus bewirken kann. (40) Dazu bedarf es auch einer Reform des Geldwesens, die die Macht des Geldes und die exponentielle Selbstvermehrung der Geldvermögen durch den Zins und Zinseszins überwindet. Diese Lücke im Denken der Boden- und Lebensreformer schloß der deutsch-argentinische Kaufmann und Sozialreformer *Silvio Gesell* (1862 - 1930), der auch selbst mehrere Jahre in Eden gelebt hat. Ihm genügte es nicht, nur das Verhältnis des Menschen zur Erde neu zu ordnen und Oasen in der Wüste von kapitalistischer Bodenspekulation und Zinswirtschaft zu bilden. Vielmehr wollte *Silvio Gesell* auch die ganz Wüste in den blühenden Garten einer "natürlichen Wirtschaftsordnung" umwandeln. Eine Passage aus seinem Spätwerk, die den Geist Edens wiederspiegelt, möge diese Erinnerung an den Edener Modellversuch mit einer Bodenreform beschließen: *"Wir müssen das Paradies des Arbeiters, den Zukunftsstaat, in irgendeiner Form hier auf Erden realisieren. Das irdische Paradies bereitet den Glauben an das ewige Paradies. Wenn alle irdischen Bedürfnisse gedeckt sind, dann erst kommt wie ein Veilchen unterm dürren Laub der Glaube an den Frühling, an das Unendliche, an das Schöne, an das Große, an Gott. ...Die aus dem Glauben an Gott erwachsende große Liebe kann allein die Wege ebnen zur Lösung der großen Probleme unserer Zeit."* (41)

Anmerkungen

1. Vgl. Günter Bartsch, Sozialismus - Kommunismus - Anarchismus, Freiburg 1976. - Ders., Sozialreligionen (I+II), in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 26. Jg. (1989), 83. Folge, S. 19-23 und 27. Jg. (1990), 84. Folge, S. 13-21. -Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München, 6. Auflage, 1975.
2. Liselotte Ungers, Kommunen in der Neuen Welt, 1740-1971, Köln 1972. - Franz Oppenheimer hat in einem Aufsatz "Die Utopie als Tatsache" (veröffentlicht in seinem Buch "Wege zur Gemeinschaft") auch über den Jesuitenstaat in Paraguay und den Mormonenstaat in Utah geschrieben.
3. Eduard Baltzer, Ideen zur sozialen Reform, Nordhausen 1873, S. 3-20. Baltzers religiöses Denken war zugleich kosmopolitisch und 'germanisch' geprägt. Er war indessen frei von rassistischen und antisemitischen Vorurteilen. Vgl. dazu Wolfgang Krabbe, Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform, Göttingen 1974, S. 155 ff, und Judith Baumgartner, Vegetarismus im Kaiserreich 1871 - 1914, Magisterarbeit München 1989, S. 25 ff. Reinhold Braun, E. Baltzer - Woher er kam und wohin er ging, in: Der Vegetarier Nr. 1/1987, S. 5 ff.
4. Vgl. Paula Gutzeit, Die Bodenreform - Eine dogmengeschichtlich-kritische Studie, Leipzig 1907. - Über Theodor Herzka: Nachruf in der Wochenzeitung "Neue Zeitung der Arbeit" Nr. 4/1925. Über Michael Flürscheim: Nachruf in der Monatsschrift "Der Physiokrat" Nr. 9/Januar 1913, S. 4. - Über Franz Oppenheimer: ders., Erlebtes - Erstrebtes - Erreichtes, Düsseldorf 1964. - Über Adolf Damaschke: Wolfgang Krabbe, Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform, Göttingen 1974, S. 34.
5. Franz Oppenheimer, Erlebtes - Erstrebtes - Erreichtes - Lebenserinnerungen ..., S. 162
6. Näheres bei Richard Block, Bodennutzung, in: K. Bartes, R. Bloeck, O. Jackisch, F. Landmann u. a. (Hg.), Die Obstbausiedlung Eden in der ersten 25 Jahren ihres Bestehens, Oranienburg 1920, S. 37-46. - Otto Jackisch, Entwicklung des Bodenrechts für die Heimstätten in Eden, in: K. Bartes u. a. (Hg.), Die Obstbausiedlung Eden ..., S. 62-68.
7. Zahlen aus K. Bartes u. a. (Hg.), Die Obstbausiedlung Eden ..., S. 136 und Kurt Großmann, 1893 - 1968 - 75 Jahre Eden, Bad Soden 1968, S. 11. - Vgl. außerdem Judith Baumgartner, Ernährungsreform - Antwort auf Industrialisierung und Ernährungswandel, Frankfurt/M. 1992, S. 125 - 210.
8. Näheres über diese Bank bei Otto Jackisch, Geldbeschaffung, in: K. Bartes u. a. (Hg.), Die Obstbausiedlung Eden ..., S. 69-87.
9. Lt. K. Bartes u. a. (Hg.), Die Obstbausiedlung Eden ..., S. 8 und 55-61.
10. Vgl. den Abschnitt "Diese Überspannung des demokratischen Gedankens", in: Ulrich Linse, Zurück o Mensch zur Mutter Erde ..., S. 45, und Karl Bartes u. a. (Hg.), Die Obstbausiedlung Eden ..., S. 13.
11. Vgl. Kurt Großmann, Von Eden nach Eden - Neunzig Jahre Weg einer Idee, Bad Soden 1983, S. 27.
12. Karl Bartes, Die Obstverwertung, in: ders., Die Obstbausiedlung Eden ..., S. 55-61.

13. Friedrich Landmann, Eden als Stätte der Lebenserneuerung, in: K. Bartes u. a. (Hg.), Die Obstbausiedlung Eden ..., S. 30. - Vgl. auch Mikkel Hindhede, Ernährungsuntersuchungen in der Obstbausiedlung Eden bei Berlin, Dresden 1923.
14. Friedrich Landmann, in: Karl Bartes u. a. (Hg.), Die Obstbausiedlung Eden ..., S. 31.
15. Karl Rußwurm, Das gesellige Leben in Eden, in: K. Bartes u. a. (Hg.), Die Obstbausiedlung Eden ..., S. 106-116.
16. Edener Mitteilungen, 10. Jg., 1915, Nr. 4, S. 78. - 1924 waren es rund 200 Mitglieder (20. Jg., 1925, Nr. 3, S. 13).
17. Edener Mitteilungen, 19. Jg., 1924, Nr. 2 und 26. Jg., 1931, Nr. 5, S. 64 sowie Nr. 5-6 / 1933, S. 141.
18. Georg Heyer, Grundsätze zum Neuaufbau, Berlin-Friedenau 1920.
19. Ohne Verfasser, Freiland im kapitalistischen Staat, in Wirtschaft und Freiheit Nr. 3/1925, S. 70 (Nachdruck in Der Dritte Weg Nr. 11/1990, S. 9-11) sowie: Ohne Verfasser, Gildenhall, in: Edener Mitteilungen 19. Jg. 1924, Nr. 2, S. 26.
20. Die Geschichte der Freilandsiedlung Gildenhall wird im Heimatmuseum Neuruppin in einer eigens dafür geschaffenen Dauerausstellung dokumentiert. Ein Bericht "Kunsthandwerkersiedlung Gildenhall" erschien ohne Verfasserangabe im Märkischen Volksblatt vom 11.7.1987. Ähnlich wie in Gildenhall, aber ohne jede Verbindung zur Eden-Genossenschaft, entstand in der Umgebung von Dresden noch die bodenreformerische Gartenstadt Hellerau. Über ihre Geschichte vgl. die Artikelserien von Hans-Jürgen Sarfert "Hellerau - die Kolonie der Künstler" in: "Union" vom August 1982; Dr. H-n, 75 Jahre Gartenstadt Hellerau, in: "Sächsisches Tageblatt" vom 6., 13. und 20. Januar 1983 und Michael Faßhauer, Persönlichkeiten in der Geschichte Helleraus, in: "Union" vom November 1987 bis Februar 1988.
21. Vgl. Edener Mitteilungen 19. Jg. 1924, Nr. 2, S. 22 und F. Oppenheimer, Erlebtes - Erstrebt - Erreichtes ..., S. 169 ff, hier: 174; Kurt Großmann, 75 Jahre Eden 1893 - 1968, Bad Soden, 1968. S. 14 und ders., Von Eden nach Eden ..., S. 30. - Über Bärenklau und Wendemark vgl. außerdem Otto Schwarz, Otto Jackisch, in: Edener Mitteilungen Nr. 19/1995, S.26 - 27 und Nr. 20/1995, S. 24 - 26.
22. J. Sponheimer, Die soziale Frage ist nur vom Lande her lösbar, Berlin 1899 und ders., Der Vegetarismus - eine wirtschaftliche Notwendigkeit, Berlin 1905. - Judith Baumgartner, Vegetarismus im Kaiserreich ..., S. 40 f.
23. Vgl. Otto Jackisch, Reform-Neusiedlungen, in: Edener Mitteilungen 9. Jg. 1914, Nr. 3, S. 37/38 und Friedrich Fellenberg Berlin 1908. Fellenberg gehörte zu den Mitbegründern der Siedlung Heimgarten.
24. Die Duchoborzen waren von Tolstoi beeinflusste russische Vegetarier und Pazifisten. 7000 von ihnen emigrierten nach langer Verfolgung 1898 nach Kanada. Ihre Siedlungsgebiete verwalteten sie als Gemeineigentum. Vgl. hierzu Paul Birjukoff, Die Wirtschaftsordnung der Duchoborzen in Kanada, Teil 1 in: Edener Mitteilungen, 26. Jg., 1931, Nr. 4, S. 31-33; Teil 2 in: Nr. 6, S. 80-82. - Werner Zimmermann, Weltheimat, Lauf b. Nürnberg 1937, S. 27 ff und 43 ff.
25. Werner Zimmermann, Wir schaffen freies Land!, ohne Ort (Zürich) 1937, S. 14 ff. Werner Zimmermann, Freiheit ohne Zwang?, Thielle 1938. - Werner Zimmermann (Hg.), Tau - Monatsblätter für Verinnerlichung und Selbstgestaltung, Nr. 97 und 99/1932. - Die Verwendung der Bodenpacht als Erziehungsgeld geht auf einen Vorschlag von Silvio Gesell zurück; vgl. dazu Wera Wendnagel, Frauen leisten die wichtigste Arbeit. Lütjenburg 1996.

26. Vgl. Hugo Godschalk, Pilotprojekte zur neutralen Liquidität - WIR-Wirtschaftsring-Genossenschaft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 23. Jg., 1986, 68. Folge, S. 19-25.
27. Werner Zimmermann, Wir schaffen freies Land ..., S. 18.
28. Paul Enz, Freilandverein und Freilandbrief, in: Werner Zimmermann, Wir schaffen ..., S. 25-34.
29. Werner Zimmermann teilte in "Wir schaffen freies Land ..." auch noch den Beginn eines Freilandexperiments in der Tschechoslowakei mit. In der nordböhmischen Ortschaft Arnsdorf bei Haida habe Ernst Knoll 1937 die Initiative zu einem solchen Versuch ergriffen. Über das weitere Schicksal dieser Siedlung ist nichts bekannt. - In den 60er Jahren berichtete Werner Zimmermann, daß der Siga trotz vieler nicht verwirklichter Hoffnungen noch immer ein Teil des Geländes in Schatzacker gehörte und an Familien verpachtet sei. Vgl. sein Buch "Geld und Boden - Schicksalsfragen aller Völker", Bern und Freiburg o. J. (ca. 1965), S. 126.
30. Kurt Großmann, Von Eden nach Eden ..., S. 36
31. Richard Bloeck, Deutschvölkische Erbpachtsiedlung, Berlin 1916. Dieser Tribut an den Zeitgeist kam auch zum Ausdruck in der Aufsatzreihe "Eden im deutschen Krieg 1914/15" von Richard Bloeck in den "Edener Mitteilungen", 9. Jg., 1914, Nr. 4; 10. Jg., 1915, Nr. 1,2 und 4. - Zur Unterscheidung zwischen ursprünglicher Eden-Idee und ihrer Verfälschung vgl. George Mosse, Ein Volk- Ein Reich - Ein Führer - Die Völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus, Frankfurt 1979, S. 123.
32. Siehe den vom Vorstand und Aufsichtsrat gezeichneten Artikel "Gleichschaltung" in den Edener Mitteilungen, 28. Jg., 1933, Nr. 5-6, S. 97 und die unveröffentlichte Seminararbeit von Michael Schwarz, Alltag im Nationalsozialismus, Holzgerlingen o. J. (ca. 1985).
33. Das Original dieser Urkunde befindet sich im Archiv der Eden-Genossenschaft in Oranienburg-Eden. - Otto Jackisch, Der Deutsche Verein Freiland löst sich auf, in: Edener Mitteilungen Nr. 3/1936, S. 86 - 88. Waltraud Eisenberger, Eden und seine Wege - Der Freilandweg, in: Edener Mitteilungen Nr. 9 7 1994, S. 22 - 23.
34. Judith Baumgartner, Ernährungsreform - Antwort auf Industrialisierung und Ernährungswandel, Frankfurt/M. 1992, S. 255 - 258.
35. Vgl. Bernhard Vogt, Bodeneigentum, Siedlung und sozio-ökonomische Entwicklung in Palästina / Israel, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 112. Folge, 1997, S. 22 - 29 (Teil 1) und 113. Folge, 1997 (Teil 2). -Gerhard Senft, Gemeinwirtschaft und Selbstverwaltung - Vom Organisationsmodell Theodor Hertzkas zur Kibbutzökonomie, in: Österreichische Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (Hg.), Unternehmen und Unternehmenspolitik - Festschrift für Alois Mosser, Wien 1997. - Efraim Omi, Bodenreform und sozialer Fortschritt in Israel, Jerusalem 1973. - Augustin Souchy, Reise durch die Kibbuzim, Reutlingen 1984. - Christiane Busch-Lüthy, Leben und Arbeiten im Kibbuz - Aktuelle Lehren aus einem achtzigjährigen Experiment, Köln 1989. Im 1980 entstandenen Kibbuz Harduff in Südgalliläa sind übrigens anthroposophische Leitideen bestimmend. (Vgl. Christiane Busch-Lüthy, S. 49 f)
36. Der Verein "Neue Wege" strebte eine Siedlung in Weikersheim an, in der rund 300 Menschen leben sollten. Die Siedlung auf freigekauftem Land (ca. 9 ha) sollte ökologisch-baubiologische Prinzipien verwirklichen und in ihrer Struktur den Gedanken der sozialen Dreigliederung von Rudolf Steiner entsprechen. Das Projekt wurde in den frühen 90er Jahren jedoch eingestellt. - Die "Aktion Kulturland" hat freigekauftes Land in Everode, Wittingen und Tangsehl an Landwirte verpachtet, die ihre Höfe in eigenverantwortlicher Selbständigkeit nach im

- Pachtvertrag festgelegten ökologischen Kriterien bewirtschaften. Sie sollen den ökologischen Landbau so mit Maßnahmen zur Landschaftspflege verbinden, daß neben "Agrarwüsten" und "geschützten Naturreservaten" lebendige Kulturlandschaften wiedergewonnen werden können. Die "Aktion Kulturland" bereitet den Landkauf für weitere Modellbetriebe vor. Auskünfte erteilt ihre Geschäftsstelle in: Mittelweg 147, D-20148 Hamburg.
37. Zur Entwicklung der Eden-Genossenschaft nach 1945 unter der SED-Herrschaft und nach der Wende im Herbst 1989 vgl. Roland Bloeck, Die Geschichte Edens nach 1945, in: Edener Mitteilungen Nr. 5 / 1993, S. 22 - 24. Zahlreiche weitere Informationen enthalten die unbetitelten, nur mit "Liebe Leserinnen und Leser" überschriebenen Einleitungen von Roland Bloeck zu folgenden Ausgaben der Edener Mitteilungen: Nr. 12 / 1994, S. 3 - 5; Nr. 13 /1994, S. 3 - 5; Nr. 14 / 1994, S. 3 - 7 und Nr. 24 / 1996, S. 3 - 5.
 38. Henry George, Zur Erlösung aus sozialer Not - Offener Brief an Papst Leo XIII., Berlin 1893, S. 5 f, 17, 19, 47 und 64. - Damit übereinstimmend hatte Eduard Baltzer geschrieben: "Die soziale Frage ist in höchster Potenz eine religiöse Frage." (Ideen zur sozialen Reform, S. 6).
 39. Auf der vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) einberufenen Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Seoul im März 1990 wurde offiziell die Forderung nach einem Umgang mit dem Boden erhoben, bei dem der Boden keine Handelsware und kein Spekulationsobjekt mehr ist. (Vgl. dazu den evangelischen Pressedienst epd 16/1990).
 40. Eduard Baltzer hatte geschrieben: "Der Kapitalismus hat nur eine Achillesferse: das ist die Bodenfrage. Die Macht des mobilen Kapitals lasse man walten." (Ideen zur sozialen Reform, S. 95 - ähnlich argumentierte Henry George, in: Zur Erlösung aus sozialer Not, S. 55)
 41. Silvio Gesell, Der abgebaute Staat, Berlin 1927, in: ders., Gesammelte Werke Band 16 , Lütjenburg 1995, S. 282.

Eden - eine blühende Oase inmitten der kapitalistischen Wüste

“Es ist ein Zeichen für die greuliche Verwahrlosung unserer öffentlichen Meinung und nicht zuletzt auch der soziologischen Wissenschaften, daß ein Erfolg von dieser Größe unbekannt oder wenigstens trotz aller meiner wiederholten Hinweise unbeachtet geblieben ist. So klein die Genossenschaft ist: hier ist der Beweis erbracht, daß Bedingungen geschaffen werden können, unter denen Menschen in leiblicher und seelischer Harmonie zu wirklicher Kultur aufleben können. Und es ist völlig gewiß, daß diese hocheufreuliche Entwicklung keinen anderen Grund hat als die gesunde wirtschaftliche Grundlage: den gemeinsamen aller Existenzbasis, des Grund und Bodens. Diese kleine Siedlung blüht wie eine Oase inmitten der kapitalistischen Wüste mit ihrer Häßlichkeit, Verderbtheit und körperlichen Degeneration; wenn soziologische Wissenschaft der Neuzeit wäre, was sie sein sollte, die Wegweiserin zur Rettung, so müßte diese erste vollgereifte Frucht des liberalen Sozialismus in jedem Lehrbuche der Ökonomik und sozialen Psychologie mindestens ein ganzes Kapitel füllen, von rechts wegen aber den Ausgangspunkt der gesamten Betrachtung bilden.”

*Prof. Dr. Franz Oppenheimer, Arzt und Soziologe,
in seiner Autobiographie “Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes”,
Düsseldorf 1964, S. 162.*

Ausstellung

1893 - 1993: 100 Jahre Eden-Genossenschaft

Die Ausstellung über die Obstbau-Siedlung Eden befindet sich im Gebäude der Genossenschaft im Struveweg (Eingang rechts neben dem Reformhaus) am westlichen Stadtrand von Oranienburg. Sie ist an jedem Sonntag von 14.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Während dieser Zeit ist dort auch bis auf weiteres eine Ausstellung über das Leben und Werk des Sozialreformers Silvio Gesell zu sehen. Am Informationsstand wird Literatur zur Reform von Bodenrecht und Geldordnung bereit gehalten. Besuche

außerhalb der festen Öffnungszeiten können mit dem Sekretariat der Eden - Genossenschaft vereinbart werden: Tel.: 03301 - 53 08 65 /

Fax: 03301 - 530752.

Schwanenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente

Übersicht

- 1 Selbsthilfe-Aktionen zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre
- 2 Der geistige Hintergrund
- 3 Die Reihenfolge praktischer Freigeldexperimente
- 3.1 Die Wära-Tauschgesellschaft und der lokale Wirtschaftsaufschwung in Schwanenkirchen
- 3.2 Die Nothilfe-Aktion der Gemeinde Wörgl und ihre internationale Ausstrahlung...
- 3.3 ... auf die Schweiz
- 3.4 ... auf Frankreich
- 3.5 ... auf Spanien
- 3.6 ... und auf die Vereinigten Staaten von Amerika
- 3.7 Späte Nachzügler in Frankreich und Brasilien
- 4 Die Bedeutung wirtschaftlicher Experimente für Gegenwart und Zukunft

1 Selbsthilfe-Aktionen zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre

Große, vom Humanismus und der Aufklärung genährte Hoffnungen auf ein menschliches Leben in Freiheit standen am Beginn der Neuzeit. Der moderne Kapitalismus hat sie jedoch nicht erfüllen können. Wie ein Schatten begleitete seine Entwicklung deshalb eine Vielzahl von sozialen Bewegungen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem entweder umgestalten oder wieder ganz abschaffen wollten. Die

sozialen Bewegungen brachten meistens Vorstellungen hervor, wie das bestehende Wirtschaftssystem als Ganzes auf dem Wege der Reform oder Revolution verändert werden könnte. Daneben hat es jedoch aufgrund fehlender Aussichten auf die parlamentarische Durchsetzung von Reformen oder enttäuschender Ergebnisse von Revolutionen immer auch Bestrebungen gegeben, in kleinerem Rahmen zeichenhaft zu handeln, mit anderen Lebensformen zu experimentieren und kleine Modelle als Keime einer besseren Welt zu schaffen.

So versuchte zum Beispiel der englische Frühsozialist Robert *Owen*, seine Vorstellungen in seiner Mustersiedlung 'New Harmony' zu verwirklichen. Von dem Franzosen *Cabet* und anderen frühen Kommunisten sind Initiativen zur Gründung gütergemeinschaftlicher Kolonien ausgegangen, die jedoch allesamt wieder auseinandergefallen sind. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts trat der Liberalsozialist *Franz Oppenheimer* für die Idee der Siedlungsgenossenschaft ein, von der später starke Impulse auf die israelische Kibbuz-Bewegung ausgegangen sind. Und der freiheitliche Sozialist und Kulturphilosoph *Gustav Landauer* entwickelte die Vorstellung einer Föderation von verschiedenen autonomen und untereinander in Gerechtigkeit tauschenden Wirtschaftsgemeinden.

In der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise hat es noch eine weitere Form solcher sozialreformerischen Experimente gegeben, die der Erprobung eines neuartigen Geldes galten. Sie stellten zugleich auch regelrechte Selbsthilfe-Aktionen zur Überwindung der Wirtschaftskrise dar. Anders als ihre zahlreichen Vorläufer konnten diese Experimente schon bald nach ihrem Beginn spektakuläre Achtungserfolge erzielen und in der internationalen Presse ein großes Aufsehen erregen. Sie wurden aber nach einer gewissen Zeit wieder verboten und gerieten dann während des zweiten Weltkriegs und des darauffolgenden Wirtschaftswunders nahezu in Vergessenheit.

2 Der geistige Hintergrund

Ebenso wie die zahlreichen früheren ökonomischen Experimente hatten auch die Versuche mit einem anderen Geld einen geistigen Hintergrund. Er bestand aus den Theorien des deutsch-argentinischen Kaufmanns und Sozialreformers *Silvio Gesell*.⁽¹⁾ Auch dessen zentrales Anliegen war es, die Fehlentwicklung des klassischen Liberalismus zum Kapitalismus zu korrigieren. *Gesell* wollte sowohl die Konzentration von Produktionsmitteln als auch die Anfälligkeit der Wirtschaft für Krisen mit Kaufkraftschwankungen und Arbeitslosigkeit überwinden. Er trat jedoch im Gegensatz zu den Theoretikern anderer sozialer Bewegungen nicht für staatliche Eingriffe in den Markt oder gar für eine Abschaffung des Marktes ein - die in vielen Ländern

mittlerweile zu Mißerfolgen geführt hat. Stattdessen schlug *Gesell* ordnungspolitische Reformen des geltenden Bodenrechts und des bestehenden Geldwesens als Wege zur Herstellung einer nachkapitalistischen, von jeglichen Monopolen befreiten Marktwirtschaft vor.

Durch eigene Erfahrungen mit einer krisenhaften Zerrüttung der Währung, die *Gesell* während seiner praktischen Tätigkeit in Argentinien gesammelt hatte, fand er die Bestätigung für die alte, zu seiner Zeit aber nicht anerkannte Quantitätstheorie des Geldes; ihr zufolge gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Geldmenge und dem durchschnittlichen Preisniveau, d. h. der Kaufkraft des Geldes. Wenn inflationäre und deflationäre Kaufkraftschwankungen sowie Unterbeschäftigung vermieden und eine stabile krisenfreie Wirtschaft geschaffen werden sollen, müsse die Menge des in Verkehr gegebenen Geldes laufend an das sich verändernde Volumen der Güter und Dienste angepaßt werden. *Gesell* verfeinerte die Quantitätstheorie aber noch, indem er auch den tatsächlichen Umlauf des Geldes sichergestellt wissen wollte. Die Störungen des Wirtschaftslebens durch die spekulative Hortung von Geld wollte er auf folgende Weise verhindern: In regelmäßigen Zeitabständen sollten die Geldscheine mit gebührenpflichtigen Marken beklebt werden, d. h. die längere Haltung von Geld sollte genauso wie die Lagerhaltung von Waren gewissen Kosten unterliegen. *Keynes* sprach später in seinen Untersuchungen über die Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationskasse von künstlichen „*Durchhaltungskosten*“, die den Liquiditätsvorteil des Geldes neutralisieren sollten. Diesen Kosten der den Wirtschaftskreislauf störenden Geldhaltung sollte man ausweichen können, indem man sein Geld zügig wieder in den Kreislauf weitergibt - entweder in Form von Ausgaben für Konsumgüter oder auf dem Wege von Spareinlagen bei Banken, die diese für Investitionszwecke weiterverleihen. *Gesell* erwartete, daß die Menschen unter solchen Umständen bemüht sein würden, die Haltung von Geld auf ein unumgängliches Minimum zu begrenzen, und daß sie damit die Hortung ihrer Zahlungsmittel zu ihrem eigenen Vorteil unterlassen. In der 'Strafgebühr' für gehortetes Geld erblickte er eine Art Garantie für einen stetigen und reibungslosen Umlauf der Zahlungsmittel. Und gerade dies ist der tiefere Sinn des von ihm so genannten 'Freigeldes', für dessen praktische Handhabung inzwischen technisch elegantere Mittel konzipiert worden sind. (2)

Die gegen Ende des letzten Jahrhunderts während einer schweren Wirtschaftskrise in Argentinien durchgeführte *Tornquist'sche* Bankreform beruhte zum Teil auf *Gesells* Vorschlägen (3) und trug zum gewünschten Wiederaufschwung der Wirtschaftskonjunktur bei. Nach seiner Rückkehr nach Europa ergab sich für *Gesell* eine Gelegenheit zur praktischen Erprobung seiner Theorie, als unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg und der deutschen Novemberrevolution am 7. April 1919 in München

die erste bayerische Räteregierung ausgerufen wurde. Auf Vorschlag ihres Präsidenten *Ernst Niekisch* sowie *Gustav Landauers* wurde *Gesell* in das Amt des Volksbeauftragten für das Finanzwesen berufen; der Schweizer Arzt und Mathematiker *Theophil Christen* und *Karl Polenske*, Professor der Rechte in Greifswald, wurden Rechnungsbeirat und Rechtsbeirat des Volksbeauftragten. (4) Nachdem *Gesell* die deutsche Reichsbank in Berlin von seinen Plänen unterrichtet hatte, telegraphierte deren Präsident *Havenstein* nach München: *“Ich warne Sie vor Experimenten.”* (5) Die Wirren der Revolution machten diesem Experiment jedoch ein vorschnelles Ende, denn bereits eine Woche nach ihrem Amtsantritt wurde die erste Räteregierung von Kommunisten gestürzt und durch *Levien* und *Levine* abgelöst. Wenige Jahre später machte dann *Havenstein* sein Experiment mit der Trillionen-Inflation, vor das ihn *Gesell* vergeblich gewarnt hatte. (6)

3 Die Reihenfolge praktischer Freigeldexperimente

Gesells geldpolitischer Vorschlag zur Überwindung von Wirtschaftskrisen wurde seinerzeit von der Volkswirtschaftslehre kaum beachtet. Da damals außerdem keinerlei Aussicht bestand, Parlamentsmehrheiten für diesen Vorschlag zu finden und ihm politisches Gewicht zu verleihen, faßten Anhänger *Gesells* den Entschluß, den Gedanken in kleinem Rahmen unmittelbar in die Tat umzusetzen. Anstatt sich mit Wahlkampfversprechen am Kampf der Parteien um politische Macht zu beteiligen, wollten sie ein praktisches Exempel statuieren und damit die Richtigkeit dieses Vorschlags unter Beweis stellen. Sie hofften, daß von einem solchen beispielhaften Vorbild eine große Ausstrahlungskraft ausgehen würde. Auf diese Weise und nicht durch endlose Diskussionen sollte die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer Sicherung des stetigen Geldumlaufs überzeugt werden.

3.1 Die Wära-Tauschgesellschaft und der lokale Wirtschaftsaufschwung in Schwanenkirchen

In dieser Absicht begannen *Hans Timm* und *Helmut Rödiger* 1926 mit den Vorbereitungen für die praktische Erprobung eines umlaufgesicherten Geldes. Sie führten im Oktober 1929 - etwa zur selben Zeit, als mit dem Schwarzen Freitag an der New Yorker Börse die große Weltwirtschaftskrise begann - in Erfurt zur Gründung einer Wära-Tauschgesellschaft. Ihrer Satzung zufolge verstand sie sich als eine private *“... Vereinigung zur Bekämpfung von Absatzstockung und Arbeitslosigkeit. Ihr Ziel*

ist die Erleichterung des Waren- und Leistungsaustausches unter ihren Mitgliedern durch die Ausgabe von Tauschbons.” (7) Nach zwei Jahren gehörten der Tauschgesellschaft bereits mehr als eintausend Firmen aus allen Teilen des damaligen Deutschen Reiches als Mitglieder an. Unter ihnen waren Lebensmittelgeschäfte, Bäckereien, Molkereien, Restaurants, Reformhäuser, Schlachtereien, Blumenläden, Friseursalons, Handarbeitsläden, Möbelgeschäfte, Elektrohändler, Fahrradgeschäfte, verschiedene Handwerksbetriebe, Druckereien, Buchhandlungen und Kohlenhandlungen. Alle diese Firmen führten das Hinweisschild *‘Hier wird Wära angenommen’*. Wära war die Bezeichnung für die Tauschbons. Sie drückte die Hoffnung aus, daß die Währung nach den Jahren der Inflation und Deflation wirklich *währen* sollte. Die Geschäftsstelle der Tauschgesellschaft gab die Wära auf Anforderung und nach Bedarf gegen Reichsmark oder sonstige Devisen oder gegen Quittung und Sicherheitsleistung an örtliche Wechselstellen aus. Solche Wechselstellen gab es unter anderen in Berlin, Bielefeld, Bonn, Chemnitz, Dortmund, Düsseldorf, Eisenach, Erfurt, Freiburg, Halle/S., Hamburg, Köln, Leipzig und Nürnberg. Sie händigten die Wära-Scheine - wiederum gegen Reichsmark, sonstige Devisen oder hinreichende Sicherheiten - in der gewünschten Höhe an Firmen und Einzelpersonen in Nennwerten von $\frac{1}{2}$ 1, 2 und 5 Wära aus. (8)

Zwischen diesen Firmen und Einzelpersonen lief nunmehr die Wära anstelle der Reichsmark als Tauschmittel um. Die Firmen bezahlten (zumindest teilweise) die Löhne und Gehälter in Wära aus und mit derselben Wära kauften sich die Einzelpersonen die gewünschten Güter. So entstand innerhalb der deutschen Wirtschaft allmählich ein kleiner separater Kreislauf von Ersatzzahlungsmitteln neben dem von krisenhaften Stockungen gestörten Kreislauf der Reichsmark.

Gemäß den Vorstellungen *Gesells* waren diese Wära-Scheine mit einem Umlauf-antrieb ausgestattet, der ihre krisenauslösende Hortung verhindern sollte. Die Scheine waren nämlich auf ihrer Rückseite mit zwölf Feldern bedruckt, auf die in jedem Monat jeweils eine Marke von einem Prozent des Nennwerts aufgeklebt werden mußte. Die Mitglieder der Tauschgesellschaft mußten also in Höhe von einem Prozent des in ihren Händen befindlichen Wärabetrags am Monatsende Marken bei den örtlichen Wechselstellen erwerben, wenn sie sicher gehen wollten, daß ihre Zahlungsmittel auch im nächsten Monat noch ihren vollen Nennwert behielten.

Die Marken stellten gleichsam eine ‘Strafgebühr’ für die Nichtnutzung der Wära als Tauschmittel dar. Dieser allmonatlich fälligen Strafgebühr konnten die Mitglieder entgehen oder sie zumindestens auf ein Minimum begrenzen, wenn sie die Wära für Warenkäufe verwendeten oder als Ersparnisse bei der Geschäftsstelle hinterlegten, die sie ihrerseits wieder in Form von Krediten verleihen konnte. Aus dem Bestreben, die Entrichtung der ‘Strafgebühr’ möglichst zu vermeiden, resultierte im Endeffekt der für

alle Beteiligten vorteilhafte stetige Umlauf der Wära. Die einzelnen Scheine wurden übrigens nach Ablauf eines Jahres, wenn alle Felder beklebt waren, innerhalb einer Frist gegen neue Scheine umgetauscht.

Internationales Aufsehen erregte dieses erste praktische Freigeldexperiment, als der bis dahin noch kleine überregionale Wäarakreislauf sich gegen Ende des Jahres 1930 in der 500 Einwohner zählenden niederbayerischen Ortschaft Schwanenkirchen bei Deggendorf zu einem lokalen Knotenpunkt verdichtete. In Schwanenkirchen gab es damals ein Braunkohlenbergwerk, das die Stadt Deggendorf und nach ihr eine private Aktiengesellschaft betrieben hatten. Als das Unternehmen wie so viele deutsche Kohlegruben in Absatzschwierigkeiten geriet und die Halden immer größer wurden, weil der englische Kohlebergbau seit Mitte der zwanziger Jahre Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt errungen hatte, war es 1927 wegen mangelnder Rentabilität stillgelegt worden. Da es der mit Abstand größte Arbeitgeber in dieser Gegend gewesen war, kam das gesamte Wirtschaftsleben hier rasch zum Erliegen.

Im Herbst 1930, als die Weltwirtschaft sich bereits mitten in ihrer großen Deflationskrise befand, konnten Schwanenkirchen und seine Nachbargemeinden Hengersberg und Schöllnach jedoch einen spektakulären Ausweg aus der Krise finden. In der Zwischenzeit hatte der Bergbauingenieur *Max Hebecker* das Schwanenkirchener Bergwerk bei einer Versteigerung erworben. Zunächst fehlte ihm zwar das nötige Betriebskapital für eine Wiederaufnahme der Produktion, da ihm die Banken keinen Kredit geben wollten. Aber nachdem er sich an die Wära-Tauschgesellschaft gewandt hatte, bildete diese ein Wära-Finanzierungs-Konsortium und beschaffte durch Ausgabe von Anteilscheinen die nötigen 50.000 Reichsmark, die zum größeren Teil als Wära- und zum kleineren Teil als RM-Kredit ausgeliehen wurden. Mit diesem Geld konnte *Hebecker* das Bergwerk wieder in Betrieb nehmen; er beschäftigte zunächst etwa 45 Bergleute und stellte bald darauf weitere ein. 60 bis 75 Prozent ihres Lohnes wurden in Wära und die restlichen zehn Prozent in Reichsmark ausbezahlt.

Anfangs waren die örtlichen Geschäftsleute skeptisch gegenüber diesem ungewöhnlichen Geld und weigerten sich, es als Zahlungsmittel anzunehmen. Als *Hebecker* aber begann, sich von mitteldeutschen Mitgliedsfirmen der Tauschgesellschaft mit Waren beliefern zu lassen, erkannten sie, daß ihnen hier durch ihre eigene Zughaftigkeit ein gutes Geschäft entging, und erklärten sich zur Annahme der Wära bereit. Während die Massen von Arbeitslosen andernorts große Not zu leiden hatten, kam die lokale Wirtschaft in Schwanenkirchen, Hengersberg und Schöllnach wieder in Gang. Als bald war die Rede von der *“Wära-Insel im Bayerischen Wald”* (9), wo die Arbeitslosigkeit gebannt war und wo die umlaufgesicherten Wära-Scheine einen stetigen Absatz der Waren vermittelten.

Die von den Initiatoren der Tauschgesellschaft in die Wära gesetzten Erwartungen schienen sich in Schwanenkirchen trotz mancherlei Komplikationen (ein Sturm richtete beträchtliche finanzielle Schäden in *Hebeckers* Bergwerk an) zu erfüllen. Die Idee eines umlaufgesicherten Geldes hatte bei ihrer ersten praktischen Erprobung in kleinem Rahmen ihre Brauchbarkeit erwiesen und das Schwanenkirchener Beispiel wurde in der deutschen Öffentlichkeit beachtet. Der Erfolg der Wära weckte jedoch auch den Argwohn der Deutschen Reichsbank. Sie mußte befürchten, daß sich durch eine weitere Verbreitung der Wära ein konkurrierendes Zahlungsmittel neben der offiziellen Reichsmark etablieren könnte. Dem Interesse der Deutschen Reichsbank an der Wahrung ihres Ansehens kam es deshalb sehr gelegen, daß der Reichsfinanzminister *H. Dietrich* im Zuge der *Brüningschen* Notverordnungen die Herstellung, Ausgabe und Benutzung jeglichen Notgeldes im Oktober 1931 durch eine Verordnung verbot. Der § 1, Abs. 3 dieser Verordnung bestimmte, daß auch die Wära-Scheine als Notgeld anzusehen seien; damit waren auch sie von diesem Verbot betroffen.

Trotz seines verheißungsvollen Beginns mußte das Freigeldexperiment Ende 1931 abgebrochen werden. Die Wära-Tauschgesellschaft sah sich gezwungen, die ausgegebenen Wära-Scheine wieder gegen Reichsmark einzulösen und ihre Tätigkeit einzustellen. *Hebecker* mußte das Schwanenkirchener Bergwerk wieder schließen und seine Beschäftigten entlassen. Die Wära-Insel mit ihren drei Dörfern Schwanenkirchen, Hengersberg und Schöllnach wurde von Krisenwellen überflutet. In Anbetracht dieser Auswirkungen der Verbotsverordnung ist es geradezu makaber, daß sie ausgerechnet die Bezeichnung "*Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen*" trug. (10) Nachdem dieser in kleinem Rahmen bewährte und durchaus erfolgversprechende Weg aus der Krise versperrt und die damalige Regierung *Brüning* mit ihren berüchtigten Notverordnungen der Wirtschaft eine noch größere Not verordnete, nahm die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam zu. Sie trieb die verzweifelten Massen in die Arme der Nationalsozialisten, die sie dann mit leeren Versprechungen in die Irre führen konnten.

Die Reichsregierung konnte zwar die Wära in Deutschland verbieten; sie vermochte aber damit nicht die Ausstrahlungskraft auszulöschen, die das Schwanenkirchener Beispiel schon weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus bekommen hatte. Wie ein glühender Funke sprang der Gedanke der Schaffung eines ununterbrochenen Geldkreislaufs zunächst auf die nahegelegene Tschechoslowakei, dann auf Österreich und von dort auf andere Länder über. Im tschechischen Neudeck bei Karlsbad bereitete ein Fabrikant *Lothar Meisl* eine Freigeldaktion nach dem Vorbild von Schwanenkirchen vor. Sie wurde jedoch von der tschechoslowakischen Nationalbank verboten. (11)

3.2 Die Nothilfe-Aktion der Gemeinde Wörgl und ihre internationale Ausstrahlung ...

Während die Wära-Tauschgesellschaft in Deutschland eine netzwerkähnliche überregionale Selbsthilfe-Aktion auf privater Basis war, unternahm die Marktgemeinde Wörgl in Tirol auf Initiative ihres sozialdemokratischen Bürgermeisters *Michael Unterguggenberger* eine Selbsthilfe-Aktion auf kommunaler Ebene. *Unterguggenberger* kannte die Theorien *Gesells* ebenso wie *Hebecker* und hatte aus der Presse von der Wära-Insel in Schwanenkirchen gehört.

In der damals 4200 Einwohner zählenden Marktgemeinde Wörgl waren im Zuge der internationalen Deflationskrise bis zum Frühjahr 1932 rund 400 Menschen arbeitslos geworden. In der näheren Umgebung gab es weitere 1100 Arbeitslose. Wegen der Absatzstockungen hatten die örtlichen Firmen die Produktion weitgehend einstellen und ihre Beschäftigten entlassen müssen. Eine Zellulosefabrik entließ beispielsweise 350 Arbeiter, eine Zementfabrik im nahegelegenen Kirchbichl rund 50 Arbeiter. Desgleichen waren Entlassungen in einer Sandziegelfabrik und in zwei Sägewerken notwendig geworden. Und von den rund 300 auf der Bahnstation Beschäftigten wurden etwa 100 entlassen (in Wörgl kreuzen sich die großen Bahnlinien Innsbruck - Salzburg - Wien und Triest - Ljubljana - Villach - München). (12) Das örtliche Wirtschaftsleben kam dadurch in erheblichem Umfang zum Erliegen. Infolgedessen gingen die Steuereinnahmen der Gemeinde rapide zurück - im ersten Halbjahr 1932 konnte sie ganze 3000 Schilling an Steuern einnehmen! - und ihre finanzielle Situation nahm katastrophale Ausmaße an. Die Verschuldung der Gemeinde belief sich auf über 1,3 Mio. Schilling; aufgrund ausbleibender Steuereingänge war an eine Tilgung dieser Schuld nicht zu denken, und für ihre Verzinsung mußten neue Kredite aufgenommen werden. (13)

Um die große soziale Not in Wörgl zu bekämpfen, hatte der Bürgermeister *Unterguggenberger* in Absprache mit den am öffentlichen Leben der Gemeinde beteiligten Einwohnern ein kommunales „*Nothilfe-Programm*“ vorbereitet. Es hatte den folgenden Inhalt: *“Langsamer Geldumlauf ist die Hauptursache der bestehenden Wirtschaftslähmung... Jede Geldstauung bewirkt Warenstauung und Arbeitslosigkeit... Das träge und langsam umlaufende Geld der Nationalbank muß im Bereich der Gemeinde Wörgl durch ein Umlaufsmittel ersetzt werden, welches seiner Bestimmung als Tauschmittel besser nachkommen wird als das übliche Geld. Es sollen ‘Arbeitsbestätigungen’ in drei Nennwerten zu 1, 5 und 10 Schilling ausgegeben und in Umlauf gesetzt werden... Um das wirtschaftliche Leben in der*

Gemeinde wieder aufwärts zu bringen, sollen auch nach einem ... Plane öffentliche Arbeiten damit durchgeführt und bezahlt werden.” (14)

Auf der Sitzung des örtlichen Wohlfahrtsausschusses am 5.7.1932 legte *Unterguggenberger* dieses Programm zu Abstimmung vor. Es wurde von allen Parteien unterstützt und einstimmig angenommen. Die Durchführung begann damit, daß der Wohlfahrtsausschuß in einer Gesamthöhe von 32.000 Schilling Arbeitsbestätigungsscheine drucken ließ und diese gegen eine entsprechende Summe von Schillingen an die Gemeindekasse verkaufte. Die Arbeitsbestätigungsscheine waren ebenso wie die deutschen Wära-Scheine mit einem Umlaufantrieb aus-gestattet. Zu jedem Monatsbeginn sollten diejenigen Personen, in der Händen sich die Scheine gerade befanden, in Höhe von einem Prozent ihrer Nennwerte Klebe-marken kaufen und auf eigens dafür vorgedruckte Felder aufkleben. Die Gemeinde-kasse wurde angewiesen, den Erlös aus dem Klebemarkenverkauf als Notabgabe an einen Armenfonds weiterzuleiten.

Am 31.7.1932 begann die Gemeindekasse mit der Ausgabe der ersten Arbeitsbestätigungsscheine, indem sie damit Löhne und Gehälter an öffentlich bedienstete Arbeiter und Angestellte ausbezahlte. Mit diesen Scheinen wurden umgehend Steuern entrichtet, die die Gemeinde für weitere Lohnzahlungen sowie für die Rück-zahlung von Schulden an die Einwohner Wörgls verwendete.

Sobald die Arbeitsbestätigungsscheine auch für die Bezahlung von Waren verwendet wurden, entstand in Wörgl neben der österreichischen Landeswährung allmählich ein eigenständiger Kreislauf des kommunalen Ersatzgeldes. In diesem Kreislauf waren nicht nur die Gemeindekasse und die Lohn- und Gehaltsempfänger integriert, sondern auch die örtliche Raiffeisen Spar- und Darlehenskasse sowie die ortsan-sässigen Geschäftsleute. Sie waren allesamt bereit, die Arbeitsbestätigungsscheine als Zahlungsmittel anzunehmen.

Das Bestreben, der allmonatlich fälligen einprozentigen ‘Strafgebühr’ durch rechtzeitige Weitergabe des Geldes auszuweichen, verbürgte einen im Vergleich zur offiziellen Landeswährung sehr viel regelmäßigeren Umlauf der Arbeitsbestätigungsscheine, so daß sich das Wirtschaftsleben in Wörgl langsam wieder erholen konnte. Auch die Finanzlage der Gemeinde begann sich zu bessern. Es gingen nicht nur Steuerrückstände bei ihr ein, sondern es wurden sogar vereinzelte Steuervorauszahlungen geleistet.

Eher als erwartet konnte der Bürgermeister deshalb die geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Wege leiten. Gemäß dem Nothilfe-Programm ließ er mit diesen Steuereinnahmen sowie einigen Zuschüssen aus der Arbeitslosenfürsorge und einem Notstandskredit des Bundes in Höhe von 12.000 Schilling, die zusammengenommen einen Betrag von über 100.000 Schilling ergaben, umfang-reiche

Straßenrenovierungs- und -instandhaltungsarbeiten durchführen, ferner Kanalisierungen, den Bau einer neuen Skisprungschanze und einer Straßenbeleuchtung. (15) Die Löhne wurden wiederum ausschließlich mit den Arbeitsbestätigungsscheinen bezahlt.

Während überall in Österreich die Zahl der Arbeitslosen vom August 1932 bis August 1933 um rund 10 Prozent von 334.000 auf 366.000 anstieg, konnte sie im Bereich der Gemeinde Wörgl im gleichen Zeitraum um 25 Prozent gesenkt werden. (16) Nach diesem Erfolg konnte es nicht ausbleiben, daß auch das praktische Freigeldexperiment von Wörgl schon wenige Monate nach seinem Beginn nationales und internationales Aufsehen erregte und die Öffentlichkeit nachhaltig beeindruckte.

Wörgl wurde zu einem regelrechten *“Mekka der Volkswirtschaft”* (17); aus mehreren Ländern kamen Wissenschaftler und Politiker oder sie schickten Delegationen, um das Experiment an Ort und Stelle zu studieren. In einer Rede vor einem Kongreß seiner Radikalsozialistischen Partei im Oktober 1934 schilderte der ehemalige französische Ministerpräsident und mehrfache Minister *Eduard Daladier* später seine Eindrücke, die er anlässlich seines Aufenthaltes in Wörgl im Sommer 1933 gewonnen hatte. Die erfolgreiche praktische Erprobung der Theorien *Gesells* führte ihn zu der Überzeugung, daß sie eine Möglichkeit bieten, *“... die Bewegung von 1789 in wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufzunehmen.”* (18)

Das Freigeldexperiment von Wörgl erregte jedoch nicht nur ein spektakuläres Aufsehen in den Massenmedien, sondern es fand auch sehr schnell Nachahmung. Bereits fünf Monate nach seinem Beginn wurden im Januar 1933 in der 3000 Einwohner zählenden Nachbargemeinde Kirchbichl Arbeitsbestätigungsscheine in Umlauf gesetzt. Nach dem Wörgler Vorbild erfolgte ihre Ausgabe auf dem Wege der Auszahlung von Löhnen an Arbeiter, die die Gemeinde für den Bau eines kommunalen Schwimmbads eingestellt hatte.

Schon bald darauf begann das Experiment von Wörgl weitere Kreise zu ziehen. Die Tiroler Gemeinden Hopfengarten, Brixen und Westendorf mit insgesamt 16000 Einwohnern beschlossen die Ausgabe von Arbeitsbestätigungsscheinen. Vorbereitungen für die Ausgabe dieses Ersatzgeldes liefen außerdem auch in Liezen (Steiermark), Linz (Oberösterreich), St. Pölten (Niederösterreich) und Lilienfeld (südlich von Wien). Im Juni 1933 hielt *Michael Unterguggenberger* in Wien einen Vortrag vor 170 österreichischen Bürgermeistern. Sie alle hatten die Absicht, Wörgls *“Wegweiser zur wirtschaftlichen Rettung Österreichs”* (19) zu folgen und auch in ihren Städten und Gemeinden dieses Freigeld einzuführen.

Das Freigeldexperiment von Wörgl war also offensichtlich auf dem besten Wege, sich wie ein Lauffeuer zu verbreiten. Aus dem kleinen Wära-Funken von Schwanenkirchen wäre in Österreich fast ein Flächenbrand entstanden, wenn die Österreichische

Nationalbank nicht ebenso wie die Deutsche Reichsbank die Verdrängung ihrer offiziellen Landeswährung durch das Ersatzgeld gefürchtet und auf ein Verbot der Ausgabe von Arbeitsbestätigungsscheinen hingearbeitet hätte.

Der Artikel 122 der österreichischen Notenbankgesetzgebung behielt allein der Österreichischen Nationalbank das Recht zur Ausgabe von Geldzeichen vor. Nach geltender Rechtsprechung stellte die Ausgabe der Arbeitsbestätigungsscheine durch die Gemeinde Wörgl einen Verstoß gegen das Privileg der Nationalbank dar; sie war also gewissermaßen rechtswidrig. Am 23. 7. 1932, also schon eine Woche vor der Ausgabe der ersten Arbeitsbestätigungsscheine, war die Nationalbank über die Vorbereitungen zum Wörgler *“Nothilfe-Programm”* informiert und teilte ihrer Zweigstelle in Innsbruck mit, *“daß wegen Abstellung dieses Unfugs im Wege der Regierung Veranlassung getroffen worden ist. Falls Ihnen Mitteilungen wegen der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheiten zukommen, wollen Sie uns hiervon auch weiterhin unverzüglich unterrichten.”* (20)

Der § 207 der Tiroler Gemeindeordnung verpflichtete die Behörden auf Bezirksebene, bei etwaigen Rechtsverstößen gegen die betreffenden Gemeinden einzuschreiten. Im Auftrage des österreichischen Bundeskanzleramtes wies die Tiroler Landesregierung die Bezirkshauptmannschaft Kufstein deshalb an, der Gemeinde Wörgl die Ausgabe eigenen Geldes zu verbieten. Das Verbot erging bereits am 5.1.1933. Bürgermeister *Unterguggenberger* legte jedoch sofort Berufung gegen dieses Verbot ein und ließ die Arbeitsbestätigungsscheine weiterhin zirkulieren. Im Juni 1933 berichtete die Innsbrucker Zweigstelle der Nationalbank ihrem Direktorium in Wien: *“Wie wir durch einen Vertrauensmann erfahren, leistet die Gemeinde Wörgl dem Auftrag der Landesregierung, das Notgeld aus dem Verkehr zu ziehen, keine Folge.”* Daraufhin wandte sich die Nationalbank an das österreichische Finanzministerium: *“Wir halten es daher zur Hintanhaltung eines weiteren Umsichgreifens dieser Bewegung für unbedingt notwendig, daß gegen die Gemeinde Wörgl energischer eingeschritten wird.”* (21) Eine Verwaltungsbeschwerde des Wörgler Gemeinderats gegen die Tiroler Landesregierung durchlief alle Instanzen bis hin zum Verwaltungsgerichtshof in Wien. Sie blieb aber ebenso erfolglos wie die vorausgegangene Berufung gegen das Verbot. Am 15.9.1933 mußten die Arbeitsbestätigungsscheine wieder aus dem Verkehr gezogen werden; zwei Monate später hat der Wiener Verwaltungsgerichtshof das Verbot der Nothilfe Wörgl endgültig bestätigt.

Das Notenmonopol der Nationalbank war der österreichischen Regierung also wichtiger als der Achtungserfolg, den die kleine Marktgemeinde Wörgl mit ihrer kommunalen Nothilfe-Aktion im Kampf gegen die Wirtschaftskrise errungen hatte. Das Verbot machte natürlich auch die Pläne der vielen anderen Städte und Gemeinden zunichte, dem Wörgler Beispiel zu folgen. Damit war zwar ein kleiner, aber

erfolgsversprechender Damm gegen die Krise eingeebnet und die Krise konnte nunmehr ihren Lauf nehmen. Eine wachsende Arbeitslosigkeit und eine völlige Zerrüttung der Staatsfinanzen stürzten Österreich in ein inneres Chaos. Nachdem die christlich-sozialen Regierungen unter den Bundeskanzlern *Dollfuss* und (nach dessen Ermordung) *Schuschnigg* den zweifelhaften Versuch unternommen hatten, das wirtschaftlich zerfallende Land in einer Vaterländischen Front zu einigen und mit einer autoritären Politik zu konsolidieren, fiel das Land fünf Jahre später dem Terror des Nationalsozialismus zum Opfer. Nun konnte sich *Hitler* in Österreich - das angeblich nicht aus eigener Kraft aus Chaos und Krise herausfand - als Bringer eines neuen wirtschaftlichen Aufstiegs feiern lassen. (22)

3.3 ... auf die Schweiz

Ein weiteres Glied in der Kette der praktischen Freigeldexperimente bildete die Ortschaft Triesen im Fürstentum Liechtenstein. Hier befand sich im Jahre 1932 ebenfalls ein Ersatzgeld im Umlauf, das den Schwanenkirchener Wära-Scheinen und den Wörgler Arbeitsbestätigungsscheinen nachgebildet war. Es wurde jedoch ebenfalls verboten. (23)

Auch in der Schweiz, wo die Theorien *Gesells* relativ viele Anhänger gefunden hatten, entstand bereits 1929 auf privater Basis ein mit der deutschen Wära-Tauschgesellschaft vergleichbarer Wära-Interessen-Verband (WIV). Seine maßgeblichen Initiatoren waren *Fritz Engelhardt*, *Hans Forrer* und *Heinrich Nidecker*. Dem Wära-Interessen-Verband schlossen sich im Laufe der Zeit rund 230 Klein- und Mittelbetriebe in insgesamt rund 50 Städten und Ortschaften an. Darunter waren Anwalts- und Architektenbüros, Bäckereien, Buchbinder und Buchhändler, Elektrohändler, Fahrradgeschäfte, Friseure, Graphiker, Lebensmittelgeschäfte, Photogeschäfte, Reformhäuser, Schlossereien, Schuhwerkstätten, Schreibwaren- und Uhrengeschäfte. Als Zahlungsmittel kamen 1- und 5-Wära Scheine in Gebrauch. Die Hauptgeschäftsstelle befand sich in Zürich - ein oder mehrere örtliche Wechselstellen gab es in den Kantonen Aargau, Basel und Baselland, Bern, Graubünden, St. Gallen, Solothurn, Schaffhausen, Thurgau und Zürich. (24)

Abgesehen von dieser privaten Wära-Aktion gab es in der Schweiz während des Jahres 1932 auch Bestrebungen, dem Beispiel von Wörgl zu folgen und Freigeldexperimente auf kommunaler Ebene durchzuführen. Die Stadt Biel, die Ortschaft Brienz (nordöstlich von Interlaken) und der Einzelhandelsverband des Kantons Luzern hatten die Absicht, sich mit einem umlaufgesicherten Geld aus der Krise herauszuhelfen.

Da aber die Wära in Deutschland bereits verboten und auch das Experiment von Wörgl fast ständig vom Verbot bedroht war, mußte damit gerechnet werden, daß derartige Selbsthilfe-Aktionen auch in der Schweiz verboten würden. Nach Artikel 1 der Notenbankgesetzgebung hatte nämlich auch die Schweizerische Nationalbank das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten. Um also einem späteren Verbot zuvorzukommen, bemühten sich die Stadtverwaltung von Biel, die Gemeindeverwaltung von Brienz und der Einzelhandelsverband des Kantons Luzern darum, die Vorbereitungen ihrer Selbsthilfe-Aktionen in Abstimmung mit den offiziellen Währungsbehörden zu treffen. In dieser Absicht machten sie in den Monaten November und Dezember 1932 Eingaben an die Schweizerische Nationalbank sowie an das eidgenössische Finanzdepartment.

Aus der Antwort des Finanzdepartments ließ sich zunächst eine vorsichtig formulierte Bereitschaft zur Kooperation entnehmen: *“Nach einer vorläufigen Rücksprache mit dem Präsidenten des Direktoriums der Nationalbank wäre es nicht ausgeschlossen, daß sich unser Noteninstitut bereit erklärte, unter bestimmten Bedingungen einen Versuch mit dem geplanten Gelde zu gestatten.”* (25) Nachdem sie von der Österreichischen Nationalbank Erkundigungen über Wörgl eingezogen hatte (26), revidierte die Schweizerische Nationalbank jedoch ihre Einstellung zur Durchführung von Freigeldexperimenten in der Schweiz. Ein nochmaliges Gesuch aus Biel, Brienz und Luzern wies sie nunmehr ab und erinnerte mit einem kurzen Hinweis daran, daß die Mißachtung ihres Banknotenprivilegs mit Geldbußen nicht unter 5000 Franken oder Gefängnis bestraft würde. Damit war das Schicksal des Wära-Interessenverbandes und der kommunalen Freigeldexperimente in der Schweiz besiegelt.

Nach dieser Nachricht der Schweizerischen Nationalbank wurden die Vorbereitungen für die Ausgabe von Ersatzzahlungsmitteln eingestellt. Und um ein etwaiges Wiederaufleben des Gedankens an eine lokal begrenzte Einführung von Freigeld zu unterbinden, verhinderte die Schweizerischen Bundesanwaltschaft eine für Anfang September 1933 geplante Vortragsreise des Wörgler Bürgermeisters *Unterguggenberger* durch die Kantone Zürich, Schaffhausen und Thurgau, indem sie ihm nicht nur Redeverbot erteilte, sondern seine Einreise in die Schweiz überhaupt untersagte. (27)

3.4 ... auf Frankreich

In Frankreich besaßen die wirtschaftlichen Selbsthilfe-Aktionen bereits einen berühmten Vorläufer. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte *Pierre Joseph Proudhon* in Paris eine Tauschbank gegründet. Sie sollte die Arbeiter in die Lage

versetzen, sich von Kapital und Staatsgewalt unabhängig zu machen und sich mit zinslosen Krediten gegenseitig zu helfen. Nach wenigen Wochen zählte die Tauschbank schon rund 20.000 Mitglieder, sie mußte jedoch bald darauf wieder geschlossen werden, weil *Proudhon* wegen journalistischer Angriffe auf den damaligen Präsidenten *Louis Bonaparte* zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. (28)

In Anbetracht der geistigen Verwandtschaft *Gesells* mit *Proudhon* ist es nicht verwunderlich, daß *Gesells* Theorien in Frankreich Fuß fassen konnten. Ihre Verbreitung wurde gefördert durch *Jean Barral*, der in Nizza drei Zeitschriften herausgab. (29) Sie dienten hauptsächlich dem Bau gedanklicher Brücken zwischen *Proudhon* und *Gesell*. *Barral* war es auch, der nach dem Vorbild der deutschen Wära-Tauschgesellschaft die Vorarbeiten für den Aufbau einer privaten Tauschgesellschaft in Frankreich leistete. Diese Bestrebungen erhielten einen erheblichen Auftrieb, als die große Pariser Zeitschrift "*Illustration*" im September 1933 ausführlich über das Experiment von Wörgl berichtete. (30) Daraufhin veröffentlichte die Zeitschrift "*L'action Nouvelle*" eine Artikelserie über die Wörgler Nothilfe-Aktion und befürwortete ein praktisches Experiment mit einem umlaufgesicherten Geld auch in Frankreich.

Noch im gleichen Jahr wurde in Paris eine private Tauschgesellschaft "Mutuelle national d'échange" gegründet. Sie war die Dachorganisation aller Mitglieder. Da die meisten von ihnen im Seine-Department sowie in den Städten Cannes, Antibes, Nizza, Menton und in Monte Carlo im Fürstentum Monaco ansässig waren, wurden hier mit der "Mutuelle d'échange de Nice et de Alpes-Maritimes" und der "Mutuelle d'échange de Paris et de la Seine" organisatorische Untergliederungen geschaffen. Ihren Statuten zufolge hatte diese Tauschgesellschaft den Zweck, den Geschäftsverkehr innerhalb ihrer Mitgliedschaft mit Hilfe eines eigenen Zahlungsmittels zu erleichtern. Es trug die Bezeichnung 'Valor'; die einzelnen Scheine mußten ebenso wie die Wära- und Arbeitsbestätigungsscheine in jedem Monat mit gebührenpflichtigen Marken beklebt werden, so daß ihre jeweiligen Besitzer einen Anreiz hatten, sie zügig wieder in den Wirtschaftskreislauf weiterzugeben. (31)

Noch ehe die ganze Aktion breitere Kreise ziehen konnte, wurde sie - möglicherweise auf Wunsch der französischen Nationalbank - bereits am 31.7.1935 vom Minister des Inneren verboten. Auf seine Anordnung wurden mehrere Mitglieder der Tauschgesellschaft vom Direktor der Staatspolizei in Nizza vorgeladen und erhielten die Aufforderung, sämtliche Aktionen einzustellen und die Valor-Scheine aus dem Verkehr zu ziehen. (32)

Barral hatte sich außerdem noch mit Unterstützung von *M. Vaillant*, dem Präsidenten der Union der Geschäftsleute des Fürstentums Monaco, und *M. Soriano*, Mitglied der

Chambre Consultative des Fürstentums, darum bemüht, in Monaco ein kommunales Freigeldexperiment nach dem Vorbild von Wörgl durchzuführen und dieses in die private “Mutuelle national d’échange” zu integrieren. Die Vorbereitungsgespräche mit dem Bürgermeister von Monte Carlo und Vertretern der dortigen Finanzverwaltung waren aber nach über einjähriger Dauer im Juni 1935 ergebnislos abgebrochen worden. Am 27. August 1935 verboten die Behörden des Fürstentums schließlich auch die Verwendung der Valors beim Warenaustausch zwischen privaten Geschäftsleuten. (33)

3.5 ... auf Spanien

Die Ausstrahlungskraft der praktischen Freigeldexperimente reichte sogar noch bis nach Spanien hinein. Hier kam es in der im Nordosten des Landes gelegenen Küstenstadt Puerto de la Selva zu einer kommunalen Selbsthilfe-Aktion, die sich am Beispiel von Wörgl orientierte. (34) Über die Initiatoren, den Verlauf und das Ende dieses Experiments ist jedoch nichts näheres bekannt geworden.

3.6 ... und auf die Vereinigten Staaten von Amerika

Zuguterletzt haben die Erfolge von Schwanenkirchen und Wörgl auch in den USA Aufsehen erregt. Hier fanden sie auch die gewünschte Beachtung durch einen namhaften Exponenten der akademischen Volkswirtschaftslehre. Der international angesehene Geldtheoretiker Professor *Irving Fisher*, dessen wissenschaftliches Werk ganz der Lösung der Probleme der Kaufkraftstabilisierung galt, würdigte *Gesells* Konzeption eines umlaufgesicherten Geldes als “*genialen Gedanken ... Der Plan würde als ein Mittel dienen, die Depression zu brechen, das Hamstern zu beenden und die Re-Deflation in Gang zu setzen.*” (35)

Fisher hat zahlreiche Anstrengungen unternommen, um diesem ‘genialen Gedanken’ in Amerika Anerkennung zu verschaffen. In einem in mehreren hundert amerikanischen Zeitungen veröffentlichten Artikel beispielsweise empfahl er die Sicherung des Geldumlaufs als eine “*Maßnahme, die ... dazu angetan ist, uns bei richtiger Anwendung in wenigen Wochen aus der Depression herauszuhelfen.*” (36) Diese Anstrengungen zeigten auch baldige Wirkungen. Schon am 20.1.1933 konnte *Fishers* Assistent *Hans Cohn* in einer Rundfunksendung (die am 17.2.1933 unter dem Titel “*Worüber man in Amerika spricht*” auch von mehreren deutschen Sendern ausgestrahlt wurde) berichten, daß zahlreiche amerikanische Städte und Gemeinden mit der Ausgabe von sogenanntem Markenotgeld begonnen hätten.

Diese Städte und Gemeinden stellten Arbeitslose für die Durchführung öffentlicher Investitionen ein und bezahlten die Arbeiter mit Markennotgeld. Sie versicherten, daß die Arbeiter ihre Steuern damit entrichten könnten, ebenso erklärten ortsansässige Geschäftsleute und Banken ihre Bereitschaft, dieses neue Geld anzunehmen. *Cohrssen* berichtete, daß weitere Orte sich des Notgeldes bedienen wollten; auch wurde eine Einführung in größeren Bezirken erwogen. (37)

In Amerika wurde das Freigeld jedoch nicht richtig angewendet. Ein entscheidender Fehler wurde mit der viel zu hohen Festsetzung der Strafgebühr für gehortetes Geld begangen. Während die Wära- und Arbeitsbestätigungsscheine in den Gemeinden Schwanenkirchen und Wörgl nur monatlich einmal mit einer Marke im Werte von einem Prozent ihres jeweiligen Nennwertes zu bekleben waren, mußte das amerikanische Markennotgeld jede Woche mit Marken im Wert von 2 % des Nennwertes der betreffenden Scheine beklebt werden. Die Hortung eines Betrags von beispielsweise 1.000 Dollar für die Dauer eines halben Jahres wurde also mit einer Gebühr in der absurden Höhe von 520 Dollar bestraft.

Damit war der ursprüngliche Sinn dieser Strafgebühr verloren gegangen, der in einer Gleichstellung des Geldes mit den Waren bestanden hatte. Da die Lagerhaltung von Waren durchweg Kosten verursacht, wollte *Gesell* die 'Lagerhaltung' von Geld mit etwa gleich hohen Kosten belasten, um die Geldhortung wirtschaftlich uninteressant zu machen und auf diese indirekte Weise die vom Geld ausgehenden Störungen des Wirtschaftskreislaufs zu vermeiden.

In den amerikanischen Markennotgeldexperimenten trat an die Stelle des alten Übergewichts des Geldes über die Waren ein neues Übergewicht der Waren über das Geld. Der Umlaufantrieb des Markennotgeldes war so stark, daß die Scheine eigentlich hätten schneller umlaufen müssen, als die abzusetzenden Waren produziert werden konnten. Da bei der Festlegung der Strafgebühr das richtige Maß weit überschritten wurde, konnten keine krisenfesten Notgeld-Inseln mit stetigen lokalen Wirtschaftskreisläufen entstehen. Die betreffenden Städte und Gemeinden erhielten durch den Verkauf der Klebmarken vielmehr nur eine zusätzliche Quelle von Geldeinnahmen, was überhaupt nicht im Sinne des Erfinders gelegen hatte.

Entsprechend ihrer vorherigen Konzipierung als kurzfristig anzuwendendes Mittel zur Krisenüberwindung wurden die Experimente mit dem Markennotgeld nach einem Jahr eingestellt. Nach Ablauf dieses Jahres waren alle Scheine mit der vorgesehenen Anzahl von Marken beklebt und wurden - wie geplant - gegen offizielle amerikanische Dollars eingetauscht. Aufgrund der fehlerhaften Handhabung des Markennotgeldes konnten die betreffenden amerikanischen Städte und Gemeinden keine Erfolge erzielen, die denen von Schwanenkirchen und Wörgl vergleichbar gewesen wären. Infolgedessen verlor auch der Gedanke an derartige wirtschaftliche Selbsthilfe-

Aktionen an Anziehungskraft. Die Zeit für sie war endgültig vorbei, als es dem amerikanischen Präsidenten *Roosevelt* gelang, im Rahmen des New Deal mit umfangreichen Eingriffen des Staates in die Wirtschaft einen vorläufigen Konjunkturaufschwung einzuleiten. Unter diesen Umständen konnten auch *Fishers* Bemühungen um eine Einführung eines richtig angewendeten Freigeldes keine Erfolgsaussichten mehr haben. (38)

Als zweiter namhafter Vertreter der akademischen Volkswirtschaftslehre hat wenige Jahre nach *Fisher* der englische Professor *John Maynard Keynes* die geldpolitischen Vorschläge *Gesells* zur Überwindung der Deflationskrise gewürdigt. Nach seiner Auffassung ist "... der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ... gesund." (39) Trotz seiner Anerkennung durch *Keynes* wurde dieser Gedanke in England aber nicht weiter beachtet. Es sind dort auch keine praktischen Freigeldexperimente wie in anderen Ländern unternommen worden.

3.7 Späte Nachzügler in Frankreich und Brasilien

Unter völlig veränderten äußeren Gegebenheiten - an die Stelle der Deflation war mittlerweile eine Inflation getreten - tauchte der Plan einer Selbsthilfe-Aktion zur Gesundung einer lokalen Wirtschaft nochmals während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auf, und zwar in den französischen Gemeinden Lignières-en-Berry und Marans sowie in der brasilianischen Großstadt Porto Alegre. (40)

Lignières-en-Berry liegt in der Nähe von St. Amand im Department Cher. Seine Einwohnerzahl war im Zuge der Konzentration von Bevölkerung und wirtschaftlichen Aktivitäten auf großstädtische Ballungsräume innerhalb einer Generation um die Hälfte auf rund 1.700 gesunken; die Landflucht ließ die Ortschaft wie so viele ländliche Regionen veröden.

Um das örtliche Wirtschaftsleben zu fördern, wurden auf Initiative des Bürgermeisters *Tournadre* und *G. Lardeaus* im Frühjahr 1956 zunächst eine "Vereinigung der Geschäftsleute und Handwerker von Lignières-en-Berry" und im Anschluß daran eine "Freie Gemeinde von Lignières-en-Berry" gegründet. Mit solchen freien Gemeinden konnten sich französische Kommunen einen gewissen autonomen Hoheitsbereich verschaffen, der nicht näher durch staatliche Gesetze geregelt war. Lignières-en-Berry erhielt auf diese Weise einen Freiraum zur selbstbestimmten Gestaltung des örtlichen Wirtschaftslebens. Um den örtlichen Handel zu beleben, gab die "Freie Gemeinde" bei den der "Vereinigung ..." angehörenden Kaufleuten und Handwerkern kostenlose Kaufgutscheine an die Kunden ab. Finanziert waren sie aus den Beiträgen, die die "Vereinigung ..." von ihren Mitgliedern einnahm. Die Bezeichnung 'Francs' wurde

vermieden, um keinen Konflikt mit der französischen Nationalbank zu provozieren; stattdessen erhielten die Gutscheine den Namen 'bon d'achat'.

Da die Kunden diese Gutscheine jedoch aufbewahrten und kein Käufe damit tätigten, war die ganze Aktion anfangs ein völliger Fehlschlag. Das Blatt wendete sich erst, als *M. Soriano* aus Monte Carlo (der bereits in den dreißiger Jahren an der "Mutuelle national d'échange" beteiligt war) durch die Presse von ihr erfuhr und sich mit *Tournadre* und *Lardeau* in Verbindung setzte. Er verglich nicht umlaufende Francs oder bons d'achat mit beladenen Eisenbahnwaggons, die auf ein Abstellgleis geschoben wurden, wo ihre Ladung nunmehr verderbe. Ebenso wie die Bahn eine Art Strafbüße für stillstehende Waggons erhebe, müsse auch der Stillstand des Geldes bestraft und damit ein indirekter Anstoß zum Umlauf des Geldes geschaffen werden, damit es die Waren zügig von Hand zu Hand transportiere.

Daraufhin wurde eine Regelung getroffen, nach der die bons d'achat am 10. eines jeden Monats mit Marken im Wert von 1 % ihres Nennwerts beklebt werden mußten. Wer sie also vor diesen Stichtagen für den Kauf von Gütern verwendete, konnte zu seinem eigenen Vorteil den Erwerb der Marken umgehen. Diese Maßnahme führte offenbar tatsächlich zu einer gewissen Belebung der örtlichen Wirtschaft. Störungen dieses lokalen Geldkreislaufs traten jedoch immer auf, wenn am 9. eines Monats Leute zur Gemeindeverwaltung kamen und aufgrund mangelnden Verständnisses der Aktion ihre bons d'achat gegen eine zweiprozentige Gebühr in französische Francs umtauschen wollten, um die 1 %-Marken nicht kaufen zu müssen.

Im April 1957 wurde das Reglement der Aktion nochmals verändert, um sie attraktiver zu machen. Lohnempfänger, die bereit waren, ihren in französischen Francs erhaltenen Lohn in bons d'achat umzutauschen und diese als Zahlungsmittel zu verwenden, erhielten fortan beim Umtausch eine Prämie in Höhe von 5 % ihres

Lohns. Die Prämien finanzierte die "Freie Gemeinde" mit den Erlösen aus dem Verkauf der Marken. Diese "salaires + 5 % Aktion" der "Freien Gemeinde von Lignières-en-Berry" erregte überall in Frankreich erhebliches Aufsehen. Sie löste auch in anderen Städten und Gemeinden die Absicht aus, diesem Beispiel zu folgen.

Im April 1958 - also zwei Jahre nach dem Beginn des Experiments von Lignières-en-Berry - wurden auch in der Kleinstadt Marans eine "Vereinigung der Geschäftsleute, Handwerker und Lohnempfänger der Stadt Marans" sowie eine "Freie Gemeinde von Marans" gegründet. Die Stadt liegt nördlich von Bordeaux unweit des bekannten Badeortes La Rochelle und hatte damals rund 3.500 Einwohner. Über 80 der 120 örtlichen Geschäftsleute waren bereits Mitglied in der "Vereinigung ..." geworden, als die "Freie Gemeinde von Marans" im August 1958 die ersten bons d'achat herausgab. Aus der "salaires + 5 % Aktion" von Lignières-en-Berry wurde in Marans eine "salaires + 10 % Aktion".

Die Satzung der “Vereinigung der Geschäftsleute, Handwerker und Lohnempfänger der Stadt Marans” stimmte weitgehend mit derjenigen von Lignières-en-Berry überein. Nur in einem - allerdings ganz entscheidenden - Punkt wich sie von ihr ab. Und zwar unterschied die Vereinigung in Marans zwei Klassen von Mitgliedern. Zur einen Klasse gehörten die Kaufleute und Handwerker; sie mußten beim Eintritt in die Vereinigung eine einmalige Aufnahmegebühr und einen Jahresbeitrag zahlen und waren außerdem verpflichtet, die in ihren Händen befindlichen bons d’achat am 10. jeden Monats mit einer 1 %-Marke zu bekleben. Zur zweiten Klasse gehörten die Landwirte, Arbeiter, Angestellten, Rentner und Sozialhilfeempfänger. Sie brauchten weder eine Aufnahmegebühr noch den Jahresbeitrag zu zahlen und konnten außerdem ihre bons d’achat an den jeweiligen Stichtagen kostenlos bei der “Freien Gemeinde” abstempeln lassen.

Damit war der Mißerfolg des Experiments von Marans vorgezeichnet. Der Umlaufantrieb der bons d’achat war in keiner Weise ausreichend. Auch mußten sich die Kaufleute und Handwerker gegenüber den Lohnempfängern und anderen Mitgliedern der Vereinigung benachteiligt fühlen. Sie gingen bald dazu über, die Annahme der bons d’achat als Zahlungsmittel zu verweigern und ihre Waren nur noch gegen französische Francs abzugeben. Nach einem Jahr stellte die “Freie Gemeinde von Marans” ihre Tätigkeit wieder ein.

Unterdessen war die Selbsthilfe-Aktion der “Freien Gemeinde von Lignières-en-Berry” noch im Gange. Aber nachdem sich hier zwischenzeitlich bereits Angehörige von Justiz und Polizei aufgehalten hatten, erließ General *de Gaulle* eine Rechtsverordnung, die die Wirkung eines Verbots hatte. Sie bedrohte die Ausgabe und Benutzung von Zahlungsmitteln, die den französischen Franc ergänzen oder ersetzen sollten, mit Gefängnisstrafen von ein bis fünf Jahren bzw. mit Geldstrafen in Höhe von 200.000 bis 20 Millionen Francs.

Durch den aus Frankreich stammenden, aber in Brasilien tätigen Geschäftsmann *Georges Rosier* gelangten im Sommer 1958 Informationen über die “Freie Gemeinde von Lignières-en-Berry” nach Porto Alegre. Porto Alegre ist die Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul im Süden Brasiliens. Die Stadt verdoppelte ihre Einwohnerzahl allein in den fünfziger Jahren von 300.000 auf 600.000.

In Anbetracht der schweren Krise, in der sich die brasilianische Wirtschaft befand, faßte *Rosier* den Entschluß, ebenfalls eine wirtschaftliche Selbsthilfe-Aktion ins Leben zu rufen. Daraufhin entstand im Oktober die “Orecopa” (Organizacao Economica Portoalegrense). Der Plan, umlaufgesicherte Kaufgutscheine - sogenannte ‘cauteladas de compra’ - auszugeben, fand nicht nur die Unterstützung von weiteren Geschäftsleuten, sondern auch von Politikern, der städtischen Handelskammer und sogar des Finanzministers von Rio Grande do Sul.

Rosier machte auch den Versuch, die Staatsbank von Rio Grande do Sul dazu zu bewegen, die *cautelas de compra* neben den offiziellen brasilianischen *Cruzeiros* auszugeben. Nach drei Monaten signalisierte die Staatsbank: *“Wir sind bereit, die cautelas de compra auszugeben ... Aber ... wir brauchen die Genehmigung der Sumoc, der für alle Geldfragen und Bankangelegenheiten in Brasilien zuständigen Behörde.”* (41)

Von dieser Aufsichtsbehörde für das brasilianische Geld- und Kreditwesen hat die *“Orecopa”* jedoch keine Nachricht erhalten. Da die Werbung für die geplante *“salaires + 10 % Aktion”* in den Massenmedien schon angelaufen war, wollten *Rosier* und der übrige Vorstand der *“Orecopa”* ihren Beginn nicht mehr hinauszögern. Im November 1959 begannen sie mit der Ausgabe der *cautelas de compra*, nachdem es ihnen gelungen war, mit der Zweigstelle Sao Joao der Staatsbank von Rio Grande do Sul einen Vertrag über die Zusammenarbeit bei Umtausch und Einlösung der *cautelas de compra* abzuschließen.

Da die *cautelas de compra* in Porto Alegre natürlich nicht das allein gültige Zahlungsmittel und die Mitgliedsunternehmen der *“Orecopa”* auf vielfältige Weise mit der übrigen Wirtschaft verzahnt waren, war es nicht möglich, einen unabhängigen und in sich geschlossenen Kreislauf der *cautelas de compra* entstehen zu lassen. In ihrem Umlauf stellten sich Engpässe ein, besonders im Lebensmittelhandel. Um diesen Schwierigkeiten entgegenzutreten, eröffnete *Rosier* im Juni 1960 im Norden von Porto Alegre einen großen Supermarkt *“Rancho Orecopa”*, in dem alle Einkäufe vom Großhandel und Verkäufe an die Kunden mit *cautelas de compra* abgewickelt werden sollten. Über den weiteren Fortgang dieses Experimentes liegen allerdings keine Informationen vor.

4 Die Bedeutung wirtschaftlicher Experimente für Gegenwart und Zukunft

Die Reihe der praktischen Freigeldexperimente - in der Schwanenkirchen und Wörgl zweifellos die Höhepunkte waren - war lange Zeit nahezu völlig in Vergessenheit geraten. Lediglich *Otto Veit* erwähnte sie in den 60er Jahren noch einmal beiläufig in seinem *“Grundriß der Währungspolitik”*. (42) Da während der Zeit des deutschen Wirtschaftswunders keinerlei Aussichten auf erneute praktische Experimente mit einem umlaufgesicherten Geld bestanden und da auch der Versuch mißlungen war, in Deutschland nach schweizerischem Vorbild einen *“Wirtschaftsring”* zu gründen,

entwickelte *Karl Walker* ein volkswirtschaftliches Planspiel. Dieses Planspiel sollte es ermöglichen, volkswirtschaftliche Zusammenhänge und die Wirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen gleichsam in einem 'Laborversuch' zu erforschen. Es wurde auf einer Erfindermesse in Brüssel mit einer Bronzemedaille ausgezeichnet, fand in Deutschland jedoch kaum Interesse. (43)

1983 veranstaltete die "Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung" einen Kongreß in Wörgl, um an das 50 Jahre zuvor verbotene Freigeldexperiment zu erinnern. (44) Wenig später griff die Dichterin *Luise Rinser* diesen Impuls in einem Interview auf: "Da gab es das Freigeldexperiment von Wörgl. Das muß man nachlesen; da gibt es Bücher drüber. Dieses Experiment ist abgewürgt worden vom österreichischen Staat. .. Ich würde allen raten, sich mit der Wirtschaftslehre von *Silvio Gesell* zu beschäftigen." (45)

Im historischen Teil einer soziologischen Studie über zeitgenössische Formen des Wirtschaftens außerhalb von Markt und Staat äußerten *Claus Offe* und *Rolf Heinze* Skepsis gegenüber dem "etwas skurilen Finanztheoretiker *Silvio Gesell*". Sie beurteilten das Wörgler Freigeldexperiment als eine "erfolgreiche Notstandsmaßnahme", deren Erfolg aber nichts mit der "eingebauten Verfallsmechanik" zu tun gehabt habe. Andererseits würden neuere Arbeiten von *Dieter Suhr* zeigen, "daß ein Aufgreifen einiger der geldtheoretischen Vorstellungen *Gesells* gar nicht so abwegig ist." (46)

Eine eindrucksvolle Würdigung erfuhr das Wörgler Freigeldexperiment durch Prof. *Erich Kaufer*, Dekan der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck. In einer im Mai 1991 gehaltenen Promotionsansprache nannte *Kaufer* das Nothilfe-Programm von *Michael Unterguggenberger* ein "Meisterstück wirtschaftspolitischer Praxis" und bedauerte dessen Verbot: "Eines der hoffnungsvollsten Experimente praktischer Geldpolitik scheiterte an der intellektuellen Enge der offiziellen Währungspolitik! .. Aber der Wörgler Bürgermeister *Michael Unterguggenberger* stand mit seinem Experiment 1932 an der Spitze des wissenschaftlichen Fortschritts. Wir sollten ihm zusammen mit der Österreichischen Nationalbank endlich ein Denkmal errichten!" (47) Inzwischen entstanden in Wien und Berlin weitere Diplomarbeiten über das Wörgler Experiment, und 1993 gab es in Künstlerkreisen am Prenzlauer Berg in Berlin ein sogenanntes "Knochengeld" als symbolische Freigeld-Aktion. (48)

Die Erinnerung an die praktischen Freigeldexperimente der frühen 30er Jahre ist nicht nur von historischem Wert, sondern sie hat auch eine Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft. Es gibt nämlich keinerlei Gewähr dafür, daß die schon chronisch gewordene Krise der Wirtschaft in Zukunft nicht noch größere Ausmaße annimmt. Spätestens dann, wenn infolge eskalierender Schulden und weiterer Kürzungen im sozialen Bereich das soziale Netz die negativen Folgen der Krise auf die

Lebensgestaltung der Menschen nicht mehr auffangen kann, könnte die Erinnerung an die praktischen Freigeldexperimente der 30er Jahre von Nutzen sein. Wenn die Menschen von der Krise noch härter betroffen werden, könnten durch private Initiativen wieder wirtschaftliche Selbsthilfe-Aktionen entstehen. Vielfältige Anzeichen bietet hierfür die Ausbreitung von lokalen Tauschringen wie den LETs in England und Kanada oder dem TALENT-Experiment in der Schweiz. Aufgrund der Verbote der Wära und anderer privater bzw. kommunaler Ersatzzahlungsmittel geben die Tauschringe gegenwärtig kein eigenes Geld aus, sondern sie vermitteln den Austausch von Angebot und Nachfrage im Wege geldloser Verrechnungen, bei denen Recheneinheiten wie in Berlin-Kreuzberg die "Kreuzer" oder in Frankfurt die "Peanuts" zugrundegelegt werden. (49) Die Deutsche Bundesbank beobachtet die Entwicklung der Tauschringe bislang gelassen, da geldlose Verrechnungen kein (Frei-)Geld bilden und ihr Banknotenmonopol nicht in Frage stellen. Ihr Chef-ökonom Professor *Otmar Issing* betrachtet sie als "*rudimentäre Formen einer rein privaten Geldwirtschaft*", als Phänomene einer sich selbst organisierenden Schatten-wirtschaft. "*Besorgnisse über die Relevanz der in D-Mark denominierten Geld-mengenaggregate sind deshalb in der Bundesbank noch nicht ausgebrochen.*" Ihr Direktoriumsmitglied *Wendelin Hartmann* äußerte sich "*.. zuversichtlich, daß solche Ringe den offiziellen Geldkreislauf nicht ersetzen können. Irgendwann wollen die Teilnehmer ihr Phantasiegeld auch in Dollar oder Mark umtauschen. Und wenn das nicht funktioniert, ist der Spuk schnell vorbei.*" Trotz des geringen finanziellen Volumens der Tauschringe sei aber für den Finanzminister von Interesse, daß die Umsatzsteuer vermieden werde. "*Darüber denkt man in Bonn bereits nach.*" (50) Demgegenüber hebt eine neuere juristische Studie die "*positive soziale Funktion von Tauschringen*" hervor und endet mit der Empfehlung, "*Tauschringe gesetzlich als gemeinnützige Organisationen anzuerkennen.*" (51)

In der Gegenwart und mehr noch in der Zukunft stellt sich für die Wirtschaftspolitik die unumgängliche Frage, mit welchen Mitteln Arbeitslosigkeit, zunehmende Polarisierung von Reichtum und Armut sowie Kaufkraftschwankungen wirksam bekämpft und auf welchem Wege geeignete Mittel angewandt werden sollen. Die in Schwanenkirchen und Wörgl erprobten theoretischen Vorschläge *Gesells* könnten in weiterentwickelter und aktualisierter Form vielleicht ein Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise unserer Zeit sein und mithelfen, der nochmaligen Errichtung eines totalitären Herrschaftssystems rechtzeitig den Nährboden zu entziehen. Allerdings wäre es unangebracht, den Wirtschaftspolitikern diese Vorschläge im Stile der seinerzeitigen Presseberichterstattung (52) als Patentrezepte anzupreisen. Die in kleinem Rahmen erzielten Erfolge sind selbstverständlich noch kein hinreichender

Beweis für die absolute Richtigkeit dieser Vorschläge und ihre Durchführbarkeit im großen Rahmen einer gesamten Volkswirtschaft.

Die Experimente mit der Wära und den Wörgler Arbeitsbestätigungsscheinen haben auch deshalb nur einen begrenzten Aussagewert, weil sich dabei nur ein Bruchteil der Theorien *Gesells* praktisch erproben ließ. So fehlte nicht nur ein Ansatz zu der von ihm angestrebten Reform des Bodenrechts, sondern auch ein Versuch zur Stabilisierung der Kaufkraft der umlaufgesicherten Wära- bzw. Arbeitsbestätigungsscheine, der sich aufgrund des Fehlens einer lokalen Preisstatistik und des gleichzeitigen Vorhandenseins der offiziellen Landeswährungen gar nicht hätte durchführen lassen. Außerdem konnten die Freigeldexperimente nicht jenen Einfluß auf die Höhe des Zinses nehmen, der sich der Theorie zufolge bei einer Umlaufsicherung der gesamten in einem Land zirkulierenden Geldmenge einstellen müßte. Dabei geht es im übrigen nicht um eine Abschaffung oder um ein Verbot des Zinsnehmens, sondern um eine Senkung des Zinsniveaus in Richtung auf einen Gleichgewichtssatz von nahe Null, um den die Zinssätze je nach der Laufzeit der Geldausleihungen pendeln. (53)

Bei einer pessimistischen Beurteilung der früheren praktischen Versuche mit Freigeld ließe sich also der Vorbehalt vorbringen, daß aufgrund der Begrenztheit der Experimente eventuelle Schattenseiten der Theorien *Gesells* im Verborgenen blieben. Dagegen ließe sich bei ihrer optimistischen Beurteilung annehmen, daß die Erfolge der Experimente erst ein kleiner Vorgeschmack auf eine stabile und vollbeschäftigte Wirtschaft waren, die sich vielleicht durch die Anwendung dieser Theorien im großen Rahmen verwirklichen ließe. Die Bereitschaft so vieler Städte und Gemeinden zur Nachahmung dieser Experimente spricht zumindest für die Richtigkeit ihrer Grundprinzipien. Wären sie falsch gewesen, hätten sie bei ihrer praktischen Erprobung sehr schnell Schiffbruch erleiden müssen. Ein Scheitern hätte vermutlich von ganz allein zu ihrem vorzeitigen Abbruch geführt, ohne daß es jemals in mehreren Ländern zu Verboten gekommen wäre.

Es wäre durchaus überlegenswert, die Vorschläge *Gesells* zur Überwindung der Wirtschaftskrise im Vorfeld ihrer Verwirklichung im größeren Rahmen nochmals in einem Planspiel bzw. in einem Modellversuch auf ihre Leistungsfähigkeit hin praktisch zu überprüfen. Dasselbe gilt auch für andere Vorschläge, denn die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker können in keinem Fall vorher mit Gewißheit sagen, ob sich eine geplante wirtschaftspolitische Maßnahme im nachhinein als richtig erweisen wird oder nicht. Jede in Erwägung gezogene Maßnahme sollte deshalb vor ihrer allgemeinen Einführung in einem kleineren Pilotprojekt getestet werden. Um den Erkenntniswert solcher Tests zu erhöhen, wäre es zweifellos notwendig, ein im Vergleich zu Schwanenkirchen oder Wörgl größeres Gebiet als 'geldpolitisches Laboratorium' auszuwählen. Eine solche Modellregion müßte mindestens die Größe eines

Regierungsbezirks aufweisen und bei erfolgreichem Verlauf noch vergrößert werden, damit - jedenfalls im Falle eines erneuten Freigeldexperimentes - nicht nur die institutionellen Voraussetzungen für die Sicherung eines ununterbrochenen Geldkreislaufs, sondern auch für die Stabilisierung der Kaufkraft dieses Geldes geschaffen werden können. Für ein solches Experiment in einem regionalen Maßstab wäre freilich die Erhebung der Geldstillstandsgebühr auf dem Wege des Beklebens der Geldscheine mit Marken ein untaugliches Verfahren. Anstelle dieser veralteten Methode gibt es inzwischen technisch elegantere Methoden. (54) Außerdem müßte das zu testende umlaufgesicherte Geld für die Dauer des Modellversuchs das allein gültige Zahlungsmittel in der Modellregion sein. Die offizielle Landeswährung hätte in ihr solange den Status einer fremden Währung, deren Preis sich nach den üblichen Regeln der freien Wechselkursbildung ergibt.

Allerdings kann man nicht von allen Bewohnern einer in Aussicht genommenen Modellregion erwarten, daß sie das nötige Verständnis für die zu testende wirtschaftspolitische Neuerung aufbringen und - wie in Wörgl - ihre einmütige Zustimmung für deren vorerst befristete Einführung in ihrem Bezirk geben. Ihre Bereitschaft könnte aber unter Umständen geweckt werden, wenn die öffentliche Hand einen bestimmten Geldbetrag gewissermaßen als Versicherungssumme bereitstellt, um die Bewohner dieser Region im Falle eines Scheiterns des Experiments angemessen zu entschädigen oder ihre Bereitwilligkeit im Falle eines Gelingens mit einer Prämie zu belohnen. Ein solches Mittel zum Abbau von Ängsten vor Neuerungen und zur Risikominderung entspräche der sogenannten 'Wagnis-finanzierung', die die öffentliche Hand auf technologischem Gebiet schon seit längerer Zeit praktiziert.

Anmerkungen

1. S. Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 1. Auflage Bern 1916; in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg bei Kiel 1991.
2. Vgl. John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 182 - 185, 298 - 302 und 317. - Dieter Suhr, Geld ohne Mehrwert - Die Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten, Frankfurt 1983. - Dieter Suhr und Hugo Godschalk, Optimale Liquidität, Frankfurt 1986. - Karl Walker, Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes, Heidelberg 1952. - Helmut Creutz, Die Sicherung des Geldumlaufs in der Praxis, in:

- Zeitschrift für Sozialökonomie 68. Folge (1986), S. 26 - 29. - Bernd Senf, Der Nebel um das Geld,
Lütjenburg 1996, S. 120 - 126.
3. S. Gesell, El Systema Monetario Argentino - Sus Ventayas y su Perfeccionamento, Buenos Aires 1983, und ders., La Cuestion Monetaria Argentina, Buenos Aires 1989, dt. Übersetzungen in den Bänden 1 und 2 der Gesammelten Werke, Hann.-Münden 1988 und Lütjenburg 1989.
 4. G. Landauer war seit längerem mit Gesells Theorien vertraut und befürwortete sie: "Sehr wertvoll sind darum die Vorschläge, die Silvio Gesell gemacht hat. ... (Er) ... ist einer der ganz wenigen, die von Proudhon gelernt haben, seine Größe anerkennen und im Anschluß an ihn zu selbständigem Weiterdenken gekommen sind" (G. Landauer, Aufruf zum Sozialismus, Frankfurt 1967, S. 159). - Vgl. auch Th. Christen, Das Geldwesen - ein dynamisches System, Bern 1920.
Zitiert nach K. Polenske, An Alle! - Das proletarische Finanz- und Wirtschaftsprogramm des Volksbeauftragten der bayerischen Räterepublik Silvio Gesell, Berlin o. J. (etwa 1919-1920), S.12 . Vgl. auch die beiden am 20. und 21.04.1919 von E.Schneider mit Gesell durchgeführten Interviews, in: H. Viesel (Hg.), Literaten an der Wand - Die Münchener Räterepublik und die Schriftsteller, Frankfurt 1980 (Büchergilde Gutenberg). - Rolf Engert, Silvio Gesell in München 1919, Lütjenburg 1986.
 6. Zu Gesells Einstellung zum Zeitgeschehen in der Weimarer Republik vgl. Werner Onken, Silvio Gesells kritische Distanz zum Rechtsextremismus in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 106. Folge (1995), S. 2 - 17.
 7. Zitiert nach WÄRA - Handelsblatt (Stirn Verlag Hans Timm in Hochheim b/Erfurt) 1. Jg. (1931) Nr. 1, S. 4. - Zur Vorgeschichte der Idee einer Freigeldaktion vgl. Georg Blumenthal, Neue revolutionäre Taktik, Hochheim bei Erfurt 1929.
 8. Vgl. das WÄRA - Handelsblatt 1. Jg. (1931) Nr. 6, S. 3.
 9. So lautete der Titel eines Artikels in der Süddeutschen Sonntagspost 5. Jg. (1931) Nr. 11, S. 9. -
Vgl. auch Hans Timm, Das erste Freigeld, in: Die Gefährten - Monatsschrift für Erkenntnis und Tat Nr. 33 / 1949, S. 555 - 559.
 10. Vgl. das WÄRA - Handelsblatt 1. Jg. (1931) Nr. 10, S. 1.
 11. Freiwirtschaftliche Zeitung (Bern) Nr. 46/1931, S. 6.
 12. Die Zahlenangaben sind entnommen aus F: Schwarz, Das Experiment von Wörgl, Bern 1951, S. 33 ff.
 13. Ein detailliertes Bild von der damaligen kommunalen Finanzlage Wörgls gibt S. Unterguggen-

- berger, Der Schwundgeldversuch von Wörgl, Wien 1957, S. 15-22; der Autor ist ein Sohn des früheren Bürgermeisters, die zitierte Veröffentlichung seine an der Wiener Hochschule für Welthandel eingereichte Diplomarbeit.
14. Zitiert nach F. Schwarz a. a. O., S. 39.
 15. H. Burgstaller, Das Wörgler Beispiel, in: H. K. Sonderegger / H. Burgstaller, Die Rettung Österreichs, Wörgl 1933, S. 50 ff.
 16. Vgl. F. Schwarz a. a. O., S. 52; zu den Stellungnahmen der Wörgler Einwohner vgl. F. Schwarz a. a. O., S. 54-61; Angaben über den wirtschaftlichen Aufschwung der Gemeinde finden sich bei S. Unterguggenberger a. a. O.; S. 35-45.
 17. C. Bourdet, Ein neues Mekka der Volkswirtschaft - Wörgl, in der in Paris erschienenen Zeitschrift "Illustration" vom 9.9.1933, S. 56/57.
 18. E. Daladier, Wirtschaftsreform und Freigeld, Bern o. J. (ca. 1935 oder 1936), S. 12. - In derselben
Rede versicherte Daladier auch, daß er in seiner "... Heimatstadt, falls sie einer solch erschreckenden Krise wie in Wörgl preisgegeben sein sollte, diese System ... versuchen (wolle)." (S. 30)
 19. H. Burgstaller a. a. O., S. 55. - Die Namen der übrigen Ortschaften sind genannt bei F. Schwarz a. a. O., S. 68 sowie bei H. Burgstaller a. a. O., S. 64; das Wära-Handelsblatt 3. Jg. (1933) Nr. 7, S. 1 berichtet von entsprechenden Absichten in Hall/Tirol.
 20. Brief der Österreichischen Nationalbank an ihre Zweigstelle in Innsbruck vom 23. 7. 1932. Kopie
des im Archiv der ÖNB befindlichen Originals in der Freiwirtschaftlichen Bibliothek.
 21. Brief der Innsbrucker Zweigstelle an das Wiener Direktorium der ÖNB vom 12. 6. 1933 und Brief
der ÖNB an das Finanzministerium in Wien vom 16.6.1933.
 22. Gerhard Senft, Weder Kapitalismus noch Kommunismus - Silvio Gesell und das libertäre Modell
der Freiwirtschaft, Berlin 1990, S. 204 - 210. - Gerhard Senft, Chronik einer Legende - Die Frei-
wirtschaftsbewegung in Österreich, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 91. Folge (1991), S. 19-29.-
Gerhard Senft, Tyrannei und Modernisierung - Der techno-ökonomische Wandel im Dritten Reich,
in: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie (Hg.), Auf in die Moderne ! - Österreich
vom Faschismus bis zum EU-Beitritt, Wien 1996, S. 16 - 76.
 23. Der Hinweis auf ein Freigeldexperiment in Liechtenstein findet sich in einem Brief des eidgenössischen Finanzdepartements an den Detaillistenverband des Kantons Luzern; er ist abgedruckt in: F. Schwarz, Vorwärts zur festen Kaufkraft des Geldes, 3. Auflage Bern 1933, S. 65.
 24. Vgl. FKB-Mitteilungen Nr. 11/1929, S. 5 und Nr. 4/1930, S. 7 sowie die in Zürich erschienenen
"Wära-Nachrichten" (FKB = Fysiokratischer Kampfbund mit Sitz in Berlin). - Markus Schärfer,

- Geld- und Bodenreform als Brücke zum sozialen Staat - Die Geschichte der
Freiwirtschaftsbewegung in der Schweiz 1915 - 1952, Zürich 1983.
25. Zitiert nach F. Schwarz, Vorwärts ..., S. 66.
26. Brief der Schweizerischen Nationalbank an die Österreichische Nationalbank vom
22. 11. 1932.
(Kopie des sich im Archiv der ÖNB befindlichen Originals in der Freiwirtschaftlichen
Bibliothek)
27. Vgl. F. Scharz, Das Experiment ..., S. 79.
28. Vgl. P. J. Proudhon, Bekenntnisse eines Revolutionärs, Reinbek b/Hamburg 1969, S. 147 -
164.
Neben anderen politischen Strömungen spielten Proudhons Gedanken nochmals in der
Pariser Kommune eine gewisse Rolle (März bis Mai 1871). Später knüpfte Landauer an
Proudhon an (vgl. Fußnote 3 im Abschnitt 2). - Vgl. Michel Herland, Perpetuum mobile
et credit gratuit, in: Revue
économique November 1977, S. 938 - 971.
29. Barral gab von 1923 an nacheinander die Zeitschriften 'L'Ordre Social', 'L'Ecole
Franchiste'
und 'L'Economie franchiste' heraus und veröffentlichte 1935 in Paris das Buch 'La
revolution économique'.
30. Vgl. Fußnote 14 im Abschnitt 3.2. - Dieses Experiment fand in Frankreich auch in
der
ökonomischen Fachliteratur seinen Widerhall: G. de Vregille, La monnaie libre ou
auxiliaire, in: Revue Banque Dezember 1934, S. 651 ff; A. von Muralt, La monnaie à
valeur décroissante et l'expérience de Wörgl, in: Annales de l'économie collective 1934,
S. 323 ff; L. Baudin, La monnaie et la formation de prix, Paris 1936, S. 287 ff und L.
Baudin, Deux expériences monétaires contemporaine, in: Revue Politique et
Parlementaire vom 10.2.1936, S. 209 ff.
31. Die Satzung der "Mutuelle d'échange de Nice et des Alpes-Maritimes" ist abgedruckt
in der
Zeitschrift 'L'économie franchiste' in der Ausgabe vom Oktober 1933; vgl. auch das
Wära-
Handelsblatt 3. Jg. (1933), Nr. 9, S. 1 - Mit der Ausgabe der Valor-Scheine
wurde vermutlich im ersten Quartal des Jahres 1934 begonnen.
32. Vgl. P. Mouton, Le Sabotage des Mutuelles d'échange, in: L'action Nouvelle vom
September
1935.
33. Vgl. P. Mouton a. a. O. - Zur späteren Rezeption Gesells in Frankreich vgl. Michel
Herland, Per-
petuum mobile et credit gratuit, in: Revue Economique November 1977, S. 938 - 971;
dt. Über-
setzung von Johannes Finckh in der Zeitschrift für Sozialökonomie 69., 70. und 71. Folge
(1986),
S. 23 - 29, S. 36 - 38 und S. 20 - 26. - Michel Herland, L'utopie monétaire de S. Gesell
- un cas

d'hétérodoxie entre Wicksell et Keynes, in: Richard Arena und Dominique Torre, Keynes et les nouveaux keynésiens, Paris 1993, S. 59 - 80.

34 L'économie franchiste vom Mai 1935 unter Berufung auf einen Artikel "Encore une expérience

concluante" in der französischen Zeitschrift 'Justice et Verité' vom Mai/Juni 1935.

35. I. Fisher, Booms and Depressions, London 1933; hier zitiert nach einer auszugsweisen Übersetzung im Wära-Handelsblatt 3. Jg. (1933) Nr. 5, S. 1 und 2.

36. Zitiert nach der deutschen Übersetzung "Was kann der Kongreß tun?" in: Wära-Handelsblatt

2. Jg.(1932), Nr. 12, S. 1.

37. Vgl. Wära-Handelsblatt 3. Jg. (1933), Nr. 1, S. 1 - Fisher nannte in seinem Buch "Stamp Scrip"

(New York 1933, S. 30-44) eine ganze Reihe dieser Orte: Hawarden, Rock Rapids, Albia, Nevada, Pella und Eldora im Bundesstaat Iowa; Evanston in Illinois; Russell in Kansas; Granite Falls und Jasper in Minnesota; Mangum und Enid in Oklahoma; Merced und Anaheim in Californien; Lexington in Nebraska und Knoxville in Tennessee. - An anderer Stelle (Schwundgeld?, in: DasTagebuch, 13. Jg. (1932), Heft 52, S. 2053 ff) erwähnte Fisher, daß weitere Städte Dakotas und Kaliforniens, auch New Haven und Chigaco das Markennotgeld einführen wollten. - Vgl. auch

Hans Cohnsen, Das beginnende Engagement der Wissenschaft für eine gesunde Geldordnung, in:

Fragen der Freiheit Nr. 162 /1983, S. 10 - 20. - Hans Cohnsen, Geld- und steuerpolitische Ideen

von Irving Fisher - Erinnerungen eines Mitarbeiters, in: Kredit und Kapital Nr. 2/1995,S. 298 -313.

Hans Cohnsen, Einer der auszog die Welt zu verändern - Erinnerungen eines Jahrhundertzeugen, Frankfurt 1996.

38. Vgl. Irving Fisher, Feste Währung, Uchtdorf, Weimar, Leipzig, 1937, S. 337. - Möglicherweise

findet eine detailliertere Wirtschaftsgeschichtsforschung nähere Informationen über die Experimente mit dem Markennotgeld in der von H. Fack in San Antonio herausgegebenen Zeitschrift 'The Way Out'.

39. J. M.. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München

1936, S. 302. - Dudley Dillard, Proudhon, Gesell and Keynes - An Investigation of some 'Anti-

Marxian Socialist' Antecedents of Keynes' General Theory, Ph.D.Thesis, Univ. of California 1940.

Dudley Dillard, Keynes and Proudhon, in: Journal of Economic History Vol. II / 1942, S. 63 ff. -

Dudley Dillard, Silvio Gesells Monetary Theory of Social Reform, in: American Economic Review

- 1942, S. 348 - 352. - Lawrence Klein, *The Keynesian Revolution*, London 1949/1980, S. 124-152.
- William Darity, *Keynes' Political Philosophy - The Gesell Connection*, in: *Eastern Economic Review* Vol. 21, Nr. 1 / 1995, S. 27 - 41. - Tylor Cowen und Randall Kroszner, *Money's marketability premium and the microfoundations of Keynes' theory of money and interest*, in: *Cambridge Journal of Economics* 1994, S. 379 - 390.
40. R. Spier, *Une solution - Ein Ausweg*, Ratingen 2. Auflage 1961, dokumentierte die Experimente von Lignières-en-Berry (S. 6-17), Marans (S. 18-27) und Porto Alegre (S. 28-37).
41. Zitiert nach R. Spier a. a. O., S. 32. - Sumoc ist eine Abkürzung für 'Supervisao da moeda e do credito'.
42. Vgl. O. Veit, *Grundriß der Währungspolitik*, 3. Auflage Frankfurt 1969, S. 167.
43. Karl Walker, *Wirtschaftsring - moderne Absatzwege*, Lauf bei Nürnberg 1959. - Hugo Godschalk, *Pilotprojekte zur neutralen Liquidität - Der schweizerische Wirtschaftsring WIR*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 68. Folge (1986), S. 19 - 25. - Karl Walker, *Das volkswirtschaftliche Planspiel*, in: *mensch-technik-Gesellschaft / Zeitschrift für Sozialökonomie* 1. Folge (1964), S. 26 - 31 und 5. Folge (1965), S. 142. - Karl Walker, *Volkswirtschaft im Planspiel - Fünf Lektionen*. Bickenbach 1967.
44. Vgl. Silvio Unterguggenberger, *50 Jahre Wörgler Freigeld*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 59. Folge (1983), S. 37 - 41. - Dieter Suhr, *Das Konzept von Wörgl für die Krise von heute ?*, in: *Fragen der Freiheit* Nr. 162 / 1983, S. 4 - 9.
45. Luise Rinser, *Ich bin eine Antenne - Ein Interview mit Frank Mayer*, in: *Zeitschrift "Info 3"* Nr. 7-8/1985, S. 8. - Vgl. auch Luise Rinser, *Im Dunkeln singen: 1982 - 1985*, Frankfurt 1985, S. 243.
46. C. Offe und R. Heinze, *Organisierte Eigenarbeit - Das Modell Kooperationsring*, Frankfurt 1990, S. 117 - 121. - Zu den angesprochenen Arbeiten von Dieter Suhr vgl. die in Anmerkung 2 angegebene Literatur.
47. Erich Käufer, *Promotionsansprache in der Universität Innsbruck am 25. 5. 1991*; auszugsweise

- abgedruckt in der Zeitschrift für Sozialökonomie 90. Folge (1991), S. 2. - Vgl. Josef Nussbaumer,
- Als Wörgl noch ein 'Wallfahrtsort' für Volkswirtschaftler war: Ein Beitrag zur sozialen Phantasie,
- in: Gaismair-Kalender 1986, S. 81 - 83. - Franz Fischer, Wära-Wunder im Bayerischen Wald, in:
- Süddeutsche Zeitung vom 6. 9. 1991. - Walter Hanschitz-Jandl, Das Wära - Experiment von
- Schwanenkirchen, in: Lichtung - Ostbayerisches Magazin Nr. 3/1993, S. 11 - 13.
48. Bernhard Paster, Das Schwundgeld von Wörgl - Versuch einer Deutung aus heutiger Sicht, Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien 1992. - Thomas Wendel, Gesellschaftspolitische Bedeutung und technische Funktionsweise umlaufgesicherter Zahlungsmittelsysteme. Die Schwundgeldexperimente von Wörgl 1932 und Cabricán 1994 im Vergleich, Diplomarbeit an der Freien Universität Berlin 1994. - Bert Papenfuß, Loe Bsaffot präsentiert: Das Knochen - Experiment vom Prenzlauer Berg, in: Cornelia Saxe und Gerburg Treusch-Dieter, Bar-Geld-Los / Konkursbuch 31, 1996, S. 186 - 195.
49. M. Kennedy, Geld ohne Zinsen und Inflation, München 1991, S. 188 - 209. - H. Godschalk, LET-Systeme und Kooperationsringe - Ein Handbuch über Formen und Ausgestaltungsmöglichkeiten lokaler Verrechnungssysteme, 2. Aufl. Frankfurt 1995. (Bezug: PaySys, Im Uhrig 7, D - 60433 Frankfurt/M.) - Klara Brendel, Matthias Klockenbusch und Roland Söker, Kreuzer, Batzen und Huntetaler, in: Cornelia Saxe und Gerburg Treusch-Dieter (Hg.), Bar-Geld-Los - Konkursbuch Nr. 31 / 1996, S. 196 - 204. - Thomas Estermann, Das Talent-Experiment der INWO-Schweiz, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 101. Folge (1994), S. 3 - 9. - Helmut Creutz, Alternative Geldsysteme - Auswege aus der fehlerhaften Geldordnung?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 101. Folge (1994), S. 18 - 28.
50. O. Issing, Wider die Papiergaunereien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 4. 1996, S. 17. -
- W. Hartmann, Der Spuk ist schnell vorbei, in: Wirtschaftswoche vom 21. 11. 1996.
51. Pierre Brandenstein, Carsten Corino und Thomas B. Petri, Tauschringe - ein juristisches Niemandsland ?, in: Neue Juristische Wochenschrift Nr. 13 / 1997, S. 825 - 831, hier: 831.
52. Die Ereignisse wurden damals mehrfach als "Wunder von Schwanenkirchen" verklärt (Süddeutsche Sonntagspost, 5. Jg. (1931), Nr. 11, S. 8); gleiches geschah auch in Wörgl.
53. Vgl. Helmut Creutz, Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, Frankfurt

- 1994, S. 429 - 430. - Zur Differenzierung von berechtigten und fragwürdigen Bestandteilen des Zinses vgl. Werner Onken, Der Zins als Angelpunkt von Wirtschaft und Moral - Gedanken zu Otmar Issings Einwänden gegen eine zinslose Wirtschaft, in: Fragen der Freiheit Nr. 226 / 1994, S. 42 - 51.
54. Vgl. die in Anmerkung 2 aufgeführte Literatur.

Weiterführende Literatur

- Silvio Gesell*, Gesammelte Werke in 18 Bänden, Lütjenburg 1988 - 1997.
- Dieter Suhr*, Der Kapitalismus als monetäres Syndrom - Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie, Frankfurt 1988.
- Gerhard Senft*, Weder Kapitalismus noch Kommunismus - Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft, Berlin 1990.
- Margrit Kennedy*, Geld ohne Zinsen und Inflation - Ein Tauschmittel, das jedem dient, München 1991.
- Wera Wendnagel (Hg.)*, Frauen leisten die wichtigste Arbeit, Lütjenburg 1996.
- Helmut Creutz*, Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, Frankfurt und Berlin 1994.
- Eckhard Grimmel*, Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde, Reinbek 1993.
- Peter Kafka*, Gegen den Untergang - Schöpfungsprinzip und globale Beschleunigungskrise, München 1994.
- Andreas Rams und Norman Ehrentreich*, Arbeitslosigkeit - wie kann sie überwunden werden ?, Lütjenburg 1996.
- Bernd Senf*, Der Nebel um das Geld, Lütjenburg 1996.
- Zeitschrift für Sozialökonomie*, Postfach 1320, D - 24319 Lütjenburg.
- Fragen der Freiheit*, Badstr. 35, D - 73087 Boll.

Der Dritte Weg, Erftstr. 57, D - 45219 Essen.

Alternative 2000, Südring 110, D - 39112 Magdeburg.

Evolution, Postfach, CH - 5001 Aarau.

Jiyuu Keizei Kenkyuu (Study of Free Economy), 3-321 Koyasudohri, Kanagawa-ku,
Yokohama, 221 Japan.

Organisationen

Stiftung für Reform von Geld- und Bodenordnung, Pinnaudamm 4, D - 25421 Pinneberg.

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, Postfach 1550, D - 37145 Northeim.

Christen für gerechte Wirtschaftsordnung, Martin-Bucer-Str. 6, D - 77694 Kehl.

Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, D - 73087 Boll.

Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung, Max-Bock-Str. 55, D - 60320 Frankfurt/M.

Initiative für gerechte Wirtschaftsordnung, Staudingergasse 11, A - 1200 Wien.

Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung

(*Sektion Schweiz und internationales Sekretariat*), Postfach, CH - 5001 Aarau.

Gesell Kenkyuukai (Gesell Research Society), 3-321 Koyasudohri, Kanagawa-ku,
Yokohama, 221 Japan.

Zeitschrift für Sozialökonomie

Diese Zeitschrift wird von der "Stiftung für Reform von Geld- und Bodenordnung" (Hamburg) in Zusammenarbeit mit der "Sozial-wissenschaftlichen Gesellschaft" (Northeim) herausgegeben. Sie versteht sich als ein offenes Forum für Gedanken über mögliche Wege in eine 'Marktwirtschaft ohne Kapitalismus'.

Zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehören Fritz Andres, Helmut Creutz, Prof. Roland Geitmann, Dr. Hugo Godschalk, Prof. Eckhard Grimmel, Dr. Dirk Löhr, Werner Onken, Prof. Bernd Senf, Dr. Gerhard Senft, Wera Wendnagel und andere.

Einige Themen der letzten Hefte: Die Dritte Welt wird immer ärmer / Beendigung des Wachstumszwangs / Das Menschenbild der herkömmlichen Nationalökonomie / Alternative Geldsysteme / Sozial- und Wirtschaftsethik im Judentum, Christentum und Islam / Geld: Das letzte Rätsel der Nationalökonomie / Geld und Rüstung / Silvio Gesells kritische Distanz zum Rechtsextremismus in der Weimarer Republik / Antikapitalismus von Rechts ? / Geowissenschaftliche Grundlagen eines umweltverträglichen Rohstoffrechts / Öko-Abgaben / Die ostdeutsche Bürgerrechtsbewegung vor und nach 1989 / Die Verschuldung in Deutschland / Freiwirtschafts- und Gewerkschaftsbewegung / Bibel-Kirchen-Bodeneigentum / Boden-eigentum in Israel / Zinssystem und Staatsbankrott.

Bezugskonditionen: 4 Ausgaben jährlich mit mindestens je 32 Seiten. Ein Einzelheft kostet derzeit 8,50 DM / 9,50 SFR / 60 ÖS. Ein Jahresabonnement kostet derzeit 28 DM / 29 SFR / 200 ÖS incl. MWSt. und Porto, für Erwerbslose und Studierende 18 DM / 19 SFR / 130 ÖS. Probeheft und Gesamtinhaltsverzeichnis auf Anforderung.

FACHVERLAG FÜR SOZIALÖKONOMIE

Postfach 1320, D - 24319 Lütjenburg / Tel und Fax: 04381 - 7012